

Um sich heute im späteren Konkurrenzkampf um ein Traineeship, ein Volontariat oder eine unterbezahlte Stelle an der Uni einige Vorteile zu sichern, absolvieren Studenten unzählige Praktika. Insbesondere die zahllosen Nachwuchsjournalisten arbeiten in der vorlesungsfreien Zeit gern bei größeren und kleineren Rundfunkanstalten oder Verlagen. Vorteile auf dem Arbeitsmarkt erhoffen sich wahrscheinlich auch die Redakteure der hiesigen Studentenzeitschrift „Hastuzeit“. Der Nachteil für den Leser: Anders als bei einer Tageszeitung oder einem Radiosender steht den „Hastuzeit“-Machern kein hauptberuflicher Redakteur kontrollierend und zensierend zur Seite. Hier schreiben sie über Themen, die sie im Innersten bewegen.

In der letzten Ausgabe der Bonjour Tristesse (2/2009) würdigten wir die Jungredakteure des Blattes als das, was sie sind: dumm und scheiße. Leider ist uns in diesem Artikel, an dem es inhaltlich nichts zurückzunehmen gibt, ein Fehler unterlaufen: Nicht ein Autorenduo, sondern nur Jens Raabe breitete ungeniert seine Homophobie aus. Von Norbert Blech, der fälschlicherweise als Co-Autor genannt wurde – die Bonjour-Tristesse-Redaktion bittet um Entschuldigung! –, druckte das Studentenblatt lediglich ein Foto vom Berliner Christopher Street Day ab. Während uns Norbert Blech freundlich auf diesen peinlichen Fehler hinwies, war die Chefredakteuse der „Hastuzeit“ empört –

## Editorial

wenn auch aus anderen Gründen: Sie könne, wie sie an uns schrieb, die Kritik der Bonjour Tristesse aufgrund unseres „aggressiven“ Vorgehens und des „primitivsten Vokabulars“ nicht „ernst“ nehmen. Wir antworteten der Dame, einer gewissen Steffi Hentschke, dass sie wohl etwas falsch verstanden habe: „Wir wollen nicht, dass Sie unsere Kritik ernst nehmen, wir wollen auch nicht mal ganz nett beim Kaffee darüber plaudern, ob es vielleicht nicht ganz so duftig ist, schwulenfeindlichen Dreck in einer von der Studierendenschaft gesponsorten Zeitschrift abzulassen. Sondern wir wollen, wenn Sie schon nicht bereit sind, Ihr strunzdummes und -langweiliges Heft, endlich einzustellen, wenigstens die Hetze gegen Schwule unterlassen!“

Einige Wochen später schickte Hentschke ihren Adjutanten mit einer Anfrage an uns vor. Er lud uns dazu ein, in der Jubiläumsnummer des Drecksblattes (Nummer 30) einen Artikel über das Drecksblatt zu veröffentlichen. Die Begründung las sich wie folgt: „Da kein Redakteur unserer Zeitung solch eine umfassende Abneigung gegenüber der Hastuzeit empfindet, wie zumindest ihr Redakteur Andreas Reschke, denken wir, dass die negativen Seiten der Studierendenschaftszeitschrift am besten von ihnen aufgezeigt werden können.“ Lie-

be „Hastuzeit“-Mannschaft: Lauert da etwa schon die Ahnung, wie stumpf Eure Zeitung ist, wenn Eure Redakteure, gegenüber ihrem eigenen Erzeugnis zwar nicht „umfassend“, aber wenigstens etwas „abgeneigt“ sind? Da wir keine Lust hatten, irgendetwas zu einer körperliche Schmerzen verursachenden Schülerzeitung wie der „Hastuzeit“ beizutragen, wiesen wir die Anfrage in der freundlichsten Art ab, die uns möglich war: Wir ignorierten sie. Auf diesem Weg möchten wir aber doch noch ein bisschen konstruktive Kritik nachschieben und die Redakteure der „Hastuzeit“ auf eine nicht unwesentliche Schwachstelle ihres Produkts hinweisen: sein Erscheinen.

### Die Themen dieser Ausgabe:

- » „Getrennt in den Farben – Vereint in der Sache“. Andreas Reschke.
- » Time to say Goodbye. AG „No Tears for Krauts“ Halle.
- » Kumulative Verblödung.
- » Der Beginn einer wunderbaren Freundschaft. Sören Pünjer.
- » „Der Mob stand kurz davor, uns zu lynchen“. Interview mit Marco Kulpke.
- » Zum Gegenstand antideutscher Kritik (Teil 2). Mario Möller.

Darüber hinaus gibt es unter The same procedure ... wie immer eine Anthologie des alltäglichen Wahnsinns in der Provinz. Viel Vergnügen.

## „GETRENNT IN DEN FARBEN – VEREINT IN DER SACHE“

„Bullen jagen!“, das ist das mal heimliche, mal offene Motto der hartgesottenen Fans des „Halleschen Fußballclubs“ (HFC), des „Roten Sterns“ in Leipzig und Halle, von „Sachsen Leipzig“, „Rot-Weiß Erfurt“ usw. Gemeint ist der neu gegründete Verein „Red Bull“ (offizieller Name: „Rasenball“) Leipzig, der vom gleichnamigen Getränkehersteller gesponsert wird. „Bonjour-Tristesse“-Autor Andreas Reschke hofft nicht nur ganz unsportlich darauf, dass der vereinten Fußballmeute, die bereits Spieler und Anhänger des Leipziger Vereins angegriffen hat, beim nächsten Übergriff von der Polizei das Handwerk gelegt wird. Er freut sich auch darauf, in Zukunft nicht mehr auf die Stümpereien im hallischen „Kurt-Wabbel-Stadion“, der Homepage des HFC, angewiesen zu sein, wenn er einmal ein Livespiel sehen und dafür nicht extra nach München oder Hoffenheim fahren will.

Kaum irgendwo kommt das regressive Bedürfnis nach bedingungsloser Unterordnung unter etwas angeblich Größeres unvermittelter zum Ausdruck als im Fußballstadion. Kaum irgendwo sonst kann man sich so ungebrochen und schamlos mit der eigenen Stadt, dem eigenen Viertel oder der eigenen Region identifizieren wie beim Fußball. Nicht nur, aber besonders im und um das Stadion wird das Recht des Stärkeren nicht nur angewandt, sondern ist innerhalb der jeweiligen Fanszene

auch weitgehend akzeptiert. Kein Wunder also, dass sich die rohesten und niedersten Charaktere der Gesellschaft vom Verein ihrer Stadt angezogen fühlen und das tun, was Fußballfans eben tun: saufen, pöbeln und im Zweifel auch, wie es im Brachialjargon des Milieus heißt, „nicht nur zuschaun, sondern auch mal zuhaun“. Ist die Gewalt gegen andere Fans oder die Polizei bei den hauptamtlichen Fußballfreunden auch nicht unumstritten, ist man sich in der Liebe (!) zum jeweiligen Klub, dessen

Farben man trägt, und die man nach eigener Auskunft bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen bereit ist, sehr wohl einig. (Vorbei ist die Zeit, in der Bundespräsident Heinemann die Frage nach der Liebe zu etwas vermeintlich Höherem mit der sympathischen Antwort abtat: „Ob ich Deutschland liebe? Ich liebe meine Frau!“) Und so gibt der Fußballfan viel auf Tradition und ist trotz der in den meisten Fällen wenig vorzeigbaren Leistungen stolz auf „seinen“ Verein. Vor allem im Osten – wo lediglich sieben Mannschaften oberhalb der Regionalliga spielen – geht es offensichtlich nicht darum, schöne Fußballspiele zu sehen, da es so etwas dort ganz einfach nicht gibt. Das „große“ Leipziger Fußballderby findet in der Oberliga (Fünfte Liga) statt, und auch andere so genannte ostdeutsche Traditionsvereine sind und bleiben zu Recht in den regionalen Niederungen des deutschen Spielbetriebes versunken. Für diese Vereine interessieren sich oft nur Sponsoren, die sich der Region und nicht einem erfolgreichen Marketing verpflichtet fühlen. Gerade in Halle wird es mit an Sicherheit grenzender Wahrrschein-

lichkeit auch in Zukunft nicht die Möglichkeit geben, höherklassige oder gar internationale Spiele zu sehen.

#### „Projekt Rasenball“

Diejenigen, die an attraktiven Fußballpartien interessiert sind, dürften daher mit Wohlwollen betrachten, was sich derzeit in der nicht nur sportlich tristen Region tut. Der Getränkehersteller „Red Bull“ hat u.a. die erste Männermannschaft des fünftklassigen Vereins „SSV Markranstädt“ übernommen, um möglichst bald mit dem Namen des neu gegründeten Vereins „Rasenball Leipzig“ in der Ersten Fußballbundesliga und später im internationalen Rahmen Wettbewerbe spielen zu können. Aufgrund des deutschen Rechts durfte der Verein nicht – wie z.B. „Red Bull Salzburg“ in Österreich – nach dem dahinterstehenden Produkt benannt werden. Mit viel Geld und einem geschickten Management sollen nun Stück für Stück Spieler, Trainer und Ausstattung gekauft werden, um sportliche Erfolge zu sichern. Eine eigene Jugendabteilung soll darüber hinaus gezielte Nachwuchsförderung betreiben. Selbstverständlich tut der Getränkekonzern das nicht den Fußballinteressierten der Region zuliebe, auch wenn er dies gelegentlich behauptet, sondern aufgrund einer längerfristigen Marketingstrategie. Der Verein „Rasenball“ („RB“), der nicht zufällig dieselbe Abkürzung wie das Getränk hat, soll vor allem die Bekanntheit der Marke fördern. „Red Bull“ tut also das, was alle Unternehmen im Kapitalismus tun müssen, um zu überleben: Kapital investieren, um damit noch mehr Kapital zu erwirtschaften. Und im Fall von „RB Leipzig“ sind es erklärtermaßen 100 Millionen Euro, die in den nächsten acht Jahren fließen werden, um die sportlichen Erfolge – und damit zugleich die Marketingziele – zu garantieren. Das ist ein Budget, von dem andere Vereine im Osten nur träumen können. Mit seinen nüchternen Kosten-Nutzen-Erwägungen und der Orientierung am finanziellen Gewinn, der als Beiprodukt hochwertigeren Fußball hervorbringen wird, steht der Verein exemplarisch für modernen Fußball.

#### „Produkt Rasenball“

Seit der Plan des Getränkeherstellers bekannt wurde, regt sich in den Fanszenen nahezu aller ostdeutschen und vieler westdeutscher Vereine massiver Widerstand gegen das „Produkt Rasenball“. Dabei wird ein Horrorszenario entwickelt, in dem das Vorhaben der österreichischen Getränkefirma als generelle Bedrohung des eigenen Vereins erscheint. Die Protagonisten der Kampagne „gegen den modernen Fußball“ und das „Produkt Rasenball“ sind vornehmlich die Ultras der jeweiligen Vereine. Dabei handelt es sich um Fans, die in den Stadien optische und akustische Unterstützung ihrer Teams organisieren, sich viel auf ihre Kreativität einbilden und am Ende doch immer nur die gleichen Choreografien, Sprechchöre und Lieder fabrizieren. Nicht zufällig erinnern die immer-

gleichen Auftritte der Ultras in ihrer „Kreativität“ und „spontaner Leidenschaft“ an den Ablauf nordkoreanischer Propagandaveranstaltungen. Im Rahmen des jugendlich-rebellischen Gebarens der Ultras gibt es häufig Überschneidungen mit anderen Erneuerungs- und Aufbruchsjugendkulturen der jeweiligen Städte. Viele in der Ultra-Szene fühlen sich der Hip-Hop-Kultur, dem Hardcore, der örtlichen Kameradschaft oder – wenn auch deutlich seltener – der örtlichen Antifa verbunden.

Auch wenn es tatsächlich eine gewisse Unklarheit gibt, was denn der so genannte „Ultra-Gedanke“ ist und welche Aktivitäten dazugehören, gibt es einige übergreifende Merkmale: Neben der Stimmungsmache im Stadion sind Revierkämpfe für die Szene kennzeichnend. Man versucht, sich gegenseitig die Fahnen und Schals zu rauben, um sie beim nächsten Spiel – am besten brennend – zu präsentieren. Das Stadtbild wird mit Sprühereien und Aufklebern markiert. Das gegenseitige Auflauern und Verletzen der gegnerischen Fans vor oder nach dem Spiel ist zwar, wie erwähnt, nicht unumstritten, gehört aber dennoch zu jedem Spieltag. Im Osten kommt es darüber hinaus regelmäßig zu Überschneidungen mit der klassischen Hooliganszene, mit der man sich in der Überzeugung einig ist, dass die „Kommerzialisierung“ und der „Ausverkauf“ des Sports unbedingt zu bekämpfen seien. Nachdem sich der Hass auf den „modernen Fußball“ in der Vergangenheit hauptsächlich gegen die „TSG 1899 Hoffenheim“ richtete, in die ein einzelner Unternehmer mehrere Millionen Euro investierte, um den Verein in wenigen Jahren von der Kreisklasse ins obere Bundesliga-Drittel zu befördern, kanalisiert sich der Hass nun auf „RB Leipzig“. In Hoffenheim gab es, so der Tenor, wenigstens einen Traditionsverein, der aufgepeppt wurde. In Leipzig dagegen sei, so die einhellige Meinung der Ultras, ein „künstliches Projekt“ aus dem Boden gestampft worden.

#### „Bullen jagen“

Seit Beginn der laufenden Fußballsaison, in der der neue Verein erstmals am Ligabetrieb teilnimmt, hat sich eine paranoide Fußballfan-Volksfront formiert, die dementsprechend aggressiv auftritt. Es gibt in Deutschland kaum eine Ultragruppierung, die im Stadion noch keine Spruchbänder gegen den Getränkehersteller präsentierte. Die Fans des „1. FC Köln“ beispielsweise erklärten: „Red Bull verpiss dich. Der Fußball gehört uns!“ In Lübeck befürchtete man: „Bullen machen unseren Sport kaputt.“ Und die Ultras von „Rot-Weiß Erfurt“ befanden: „Dank Geldgier und Kommerz stirbt Fußball mit Seele und Herz.“ Als Ausweg gebe es nur einen Weg: „Kick the bull. Save our game.“ In fast jeder Stadt, so auch in Halle und Leipzig, gab es ein Spruchband mit der Aufschrift: „Stadt XY sagt Nein zum Produkt Rasenball.“ Bei hassgeladenen Derbys, wie etwa zwischen dem „Halleschen FC“ und dem „Chemnitzer FC“, deren Fans sich im günstigs-

ten Fall nur verachten, wird gemeinsam „Scheiß Red Bull“ gerufen, bevor man sich gegenseitig an die Gurgel geht. Kein anderes Thema, nicht einmal der Hass gegen die Polizei, die an den Fußballfans regelmäßig ihre eigenen Allmachtsphantasien auszuleben versucht, vereinigt die Fans so sehr, wie der Getränkehersteller mit der Flügel verleihenden Brause. In Leipzig, wo die enorme Rivalität der Anhänger immer wieder zu brutalen Auseinandersetzungen führt, gab es sogar ein T-Shirt mit der Aufschrift „Getrennt in den Farben. Vereint in der Sache. Traditionsclubs gegen RB Leipzig“. Das T-Shirt wurde zwar kein Kassenschlager; das Motto wurde allerdings beherzigt: Die Kampagne wurde unabhängig voneinander – und dennoch gemeinsam – fortgesetzt. So ließ die vereinte Fußballfront, von Antifa-Hooligans bis zu NPD-Ultras, ihren Worten bereits Taten folgen: Schon vor dem ersten Heimspiel zerstörten Unbekannte den Rasen des neuen Vereins nachhaltig. Ein „Red Bull“-Werbefahrzeug wurde von den linken „Diablos“ des „BSG Chemie Leipzig“ mit Steinen angegriffen, als die muntermachende Limonade vor einer Diskothek im Leipziger Süden beworben werden sollte. Und bei sämtlichen Spielen, die „RB Leipzig“ in der laufenden Saison bestritt, bedurfte es eines Großaufgebotes der Polizei, da der Hass der gegnerischen Fans auch an den Spielern und Fans konkret abgearbeitet werden wollte. Als bei einem der ersten Auswärtsspiele von „RB“ in Jena gegen die zweite Mannschaft von „Carl-Zeiss“ gespielt wurde, pöbelten die Ultras der eher linken Gruppe „Horda Azzura Jena“ gegen die Spieler, bespuckten sie und bewarfen sie mit Gegenständen. Begleitet wurden die Angriffe von Gesängen wie „Wir erschießen euch“. Die optische Untermauerung lieferte ein Spruchband mit der Aufschrift: „Red Bull boykottieren. Die Totengräber der Fußballtradition.“ Nach dem Spiel musste die Mannschaft das Stadion fluchtartig unter Polizeischutz verlassen, da die Angriffe der Jenaer nicht nachließen.

Im Forum der Website „ultras.ws“, das mit mehr als 7.000 angemeldeten Mitgliedern Repräsentativität für die Ultra- und Hooligan-Szene für sich beanspruchen kann, entwickelte sich innerhalb von vier Monaten ein 100-seitiger Thread. Dort wird nicht nur schadenfroh über die Aktionen gegen den Rasen, die Mannschaft und die Fans berichtet. Der Hauptzweck des Threads scheint vor allem zu sein, sich gegenseitig seiner Abneigung gegen den „Retortenverein“, der offenbar nicht so natürlich gewachsen ist, wie alle anderen, zu versichern. Üble Gewaltphantasien gegen die „Red-Bull“-Fans – „Erfolgsfans“, „das sind alles bezahlte Studenten, denen der Kopf gewaschen gehört“, „Bonzenpack“ usw. –, Boykott-Aufrufe und Kampfansagen an Kommerz und „Ausverkauf“ gehören dabei ebenso dazu, wie die immergleiche und unsinnige Behauptung, dass man Emotionen nicht kaufen könne. (In die gleiche Kerbe schlug auch eine Gruppe linker Fußballfans, die die Angriffe auf „RB Leip-

zig“ im Leipziger Szeneblättchen „Ceefeh“ zwar verurteilt und sich zum Support des Vereins bekannte, sich im gleichen Atemzug aber – was kümmert uns die Konsistenz unseres eigenen Geschwätzes – über die Kommerzialisierung und den Ausverkauf des Fußballs empörte.) Paranoid mutet die Angst an, die viele Fußballfans umtreibt, die befürchten, „ihr Sport“ werde durch einen einzelnen, wenn auch etwas anderen Verein zerstört.

Auf einer Anti-„Red Bull“-Seite, die von Anhängern des „1. FC Lokomotive Leipzig“ betrieben wird, fürchtet man gar um den Ruf der Stadt und Deutschlands. Dort befindet man, dass der „Dosenfabrikant [...] nichts in Leipzig zu suchen“ habe. Die Gegner des „Projektes Rasenball“ einigt ein Ressentiment, das an die antisemitische „Heuschrecken“-Metaphorik erinnert, die die Landsleute gern bemühen, wenn (ausländische) Raffgier deutsche Kultur angeblich zu zerstören droht.

#### „Gegen den modernen Fußball“

Ganz so, als wären die eigenen Lieblingsvereine keine Wirtschaftsunternehmen; ganz so, als wäre es nicht gerade der Kommerzialisierung zu verdanken, dass sich der strunzlangweilige Stehfußball Sepp Herbergers endgültig aus den Stadien verabschiedet hat; und ganz so, als wäre die Verbindung von Fußball und Kommerz nicht gerade der zentrale Antrieb jedes B-Jugend-Spielers – gequält wird sich dort anfangs nicht um des Quälens willen, sondern in der Hoffnung, irgendwann auch ein schnelles Auto, eine Villa und eine eigene Posh Spice zu haben –, schimpft man gegen den „modernen Fußball“ und meint vor allem „RB Leipzig“. Der Hass gegen den Verein ist dabei kaum mehr als Ausdruck der Ablehnung der Moderne. Die Lautsprecher der jeweiligen Ultrafraktionen, die, wie die Mehrheit der Fankurvenbesetzungen, in der Regel auf eine gescheiterte Karriere in irgendeiner Kinder- und Jugendmannschaft zurückblicken können, machen aus ihrer Not nicht nur eine Tugend. Sie wünschen sich zugleich eine leicht zu durchschauende Welt, in der alles eine scheinbar traditionelle Ordnung hat.

Mit anderen Worten: Man wünscht sich das Mittelalter. Genau diese Sehnsucht bringt ein Anti-Red-Bull-Aufkleber zum Ausdruck, der im Umfeld der hallischen Ultragruppe „Saalefront“ entstanden ist und massenhaft Halle verklebt wurde. Eine barbarische mittelalterliche Bauernmeute, die mit Heugabeln und anderem Feldgerät ausgestattet ist, hat sich zum Mob zusammengerottet und ist ganz offensichtlich in Pogromlaune. Die Menschen auf dem Aufkleber wirken finster, hohl und stumpf. Mit martialischer Gewalt soll, so die Implikation des Bildes, der volksfremde Eindringling abgewehrt, vertrieben oder besser: vernichtet werden. So wie man sich als das letzte verbliebene gallische Dorf versteht, das dem römischen Imperium trotzt, fühlt man sich von gesellschaftlichen Entwicklungen bedroht, die man nicht versteht. Auch wenn diese Ent-

wicklungen allgegenwärtig sind, wird alles Bedrohliche in den neuen Verein projiziert, von dem man sich unterwandert, angegriffen und an die Wand gedrängt fühlt. Nicht zufällig drängen sich dabei die Parallelen zum Hass auf die Juden auf. Auch im Falle des Fußballs wird hier zwischen raffendem und schaffendem Kapital unterschieden. Während die „Traditionsvereine“ für eine organisch gewachsene, autochthone Kultur stehen, gilt „RB Leipzig“ als ihr bedrohliches Gegenprinzip. Wenn Erfurter Ultras behaupten: „Dank Rasenball Traditionszerfall“, wird deutlich, wie sehr sie sich in die Enge gedrängt fühlen – was stets zugleich künftiges Losschlagen legitimieren soll. Das Bedürfnis nach unvermittelter Gewalt ist offenkundig. Im Forum von „ultras.ws“ schreibt ein „Alterultra“ pars pro toto: „Nur Krawalle könnten echt helfen. [...] Auch wenn ich den Osten nicht mag, ‚Red Bull‘ muss weg, koste es was es wolle.“ Ein anderer kündigt an: „Du wirst sehen, dass es bei vielen Spielen von ‚RB Leipzig‘ Krawalle geben wird; das wird vorprogrammiert sein. [...] Ich hoffe, dass diesem Verein das Handwerk gelegt wird.“ Auf der Website der ultraorientierten HFC-Fangruppe „Coesa Per Sempre“ erscheint ein selbstdesigntes Bild mit der Unter-

schrift: „Dead bulls are good bulls“. Folgerichtig fordert die „Saalefront“: „Bullen jagen!“ Die Spiele der Traditionsvereine gegen das „Red Bull“-Team verliefen dank der Polizei, bis auf wenige Ausnahmen, störungsfrei. Man kann allerdings auch in Zukunft davon ausgehen, dass die vereinigten Barbaren immer wieder versuchen werden, Fans und Spieler bzw. die Polizisten, die beide zu schützen versuchen, anzugreifen. Es bleibt zu hoffen, dass ihnen das nicht gelingen und die Polizei alle entsprechenden Versuche unterbinden wird.

Und trotz aller Anfeindungen und Gewalt: „RB Leipzig“ wird wohl einen ähnlichen Weg einschlagen, wie sein mittlerweile auf internationalem Parkett spielendes Pendant in Österreich. Man wird höherklassigen Fußball sehen, eine halbwegs friedliche Atmosphäre im Stadion genießen und dazu einen „Red Bull“ – vielleicht sogar mit Wodka – trinken können. Die Zivilisationsfeinde werden sich dann noch immer beim „1. FC Lok“, beim „HFC“ oder bei „Sachsen Leipzig“ in den unteren Ligen die Klinke in die Hand geben und neidvoll nach Markranstädt schauen. Besseres sei ihnen auch nicht gegönnt.

ANDREAS RESCHKE

## TIME TO SAY GOODBYE

*Im Folgenden dokumentieren wir einen Redebeitrag der AG „No Tears for Krauts“ Halle, der am 9. Januar auf der Demonstration „Ein Angriff auf das, was wir Scheiße nennen! Gegen den deutschen Normalzustand“ in Köthen gehalten wurde.*

Liebe Freunde und Genossen, sehr geehrte Zonenbewohner, liebe Arbeitslose, Eingeborene usw.,

als wir, die AG „No Tears for Krauts“ Halle, vor einiger Zeit gefragt wurden, heute hier einen Redebeitrag zu halten, waren wir zunächst etwas verwirrt. Wir fragten uns: Wogegen, um Himmels Willen, soll hier demonstriert werden? Oder schlimmer noch: Wofür? Für Schönheit? Gute Laune? Ein „autonomes Jugendzentrum“? Warum eine Demonstration in einer der hässlichsten Gegenden im hässlichsten aller deutschen Bundesländer? Muss man an jedem Hundehaufen schnüffeln, um zu wissen, dass er stinkt? Der Grund, warum wir hier sind, ist dennoch recht einfach zu erklären: Die heutigen Organisatoren, die Köthener „Gruppe gegen deutsche Normalität“, wollen nicht nur über an Bushaltestellen herumsitzende Nazitrottel sprechen. Sie haben auch nicht deshalb dazu aufgerufen, nach Köthen zu kommen, weil sie glauben, dass das Leben in einem Deutschland ohne Naziläden ein signifikant besseres wäre. Das heißt, die Köthener „Gruppe gegen deutsche Normalität“ unterscheidet sich von dem, was die derzeitige linke Szene samt Antifa-Anhang in der Bundesrepublik üblicherweise ausmacht. Während sich in Berlin Linke nahezu täglich der – ökologisch nicht ganz einwandfreien – Einäschung sogenannter Luxuskarossen widmen und die „Verteidigung“ ihrer heruntergekommenen Wohnlöcher zum ers-

ten Lebensinhalt geworden zu sein scheint; während in Leipzig linke Fußballfans ihre Haupttagitation im Namen der Tradition gegen den österreichischen Getränkehersteller „Red Bull“ richten; und während sich in Magdeburg der Stadtfelder Kiez-Krieg gegen den Zionismus nach wie vor großer Beliebtheit erfreut, will die Köthener „Gruppe gegen deutsche Normalität“ von diesem Mummenschanz erfreulicherweise nichts wissen. Während man also in Berlin das einfache Leben und Armut für alle fordert; während man in Leipzig Tradition größer als Ideologiekritik schreibt; und während das Denken wohl auch zukünftig um die linke Szene Magdeburgs einen großen Bogen machen wird, hat die tägliche Empirie, also das beständige Erleben ostzonaler Zustände, die Köthener Antifa eines gelehrt: Es gibt, zumindest dann, wenn man Gesellschaftskritik ernst meint, mit der überwältigenden Mehrheit der Einwohnerschaft keine Gemeinsamkeiten. Es gibt keine Forderungen, die an sie zu richten wären; nichts, was als Verbesserungsvorschlag, noch als Beitrag zum „besseren Köthen“ verstanden werden könnte. Und es gibt auch keinen Grund, einem Kacknest wie diesem das Feigenblatt einer engagierten Jugend zu verpassen, die nur, wie „junge Leute eben sind“, in ihren Äußerungen etwas über die Stränge schlägt. Es kann ebenso wenig darum gehen, zu versuchen, im Ressentiment verlorene Ostler auf den richtigen Weg zu bringen. An einer Reed-

ucation sind schon schlagkräftigere Organisationen als die lokale Antifa gescheitert.

Die Kritik ostzonaler Zustände kann deshalb nicht konstruktiv sein. Allein der Versuch ist strafbar. Bestraft damit, zu denen zu gehören, die Teil des Problems sind: staatlich finanzierte Zivilgesellschaftler, Gutmeinende, Multikulturalisten. Problem deshalb, weil die Moneten aus Berlin noch dem letzten Kaff die Möglichkeit bieten, eine Teilzeitstelle für „Toleranz und Weltoffenheit“ einzurichten und so zu tun, als gäbe es eine funktionierende Zivilgesellschaft. Und damit darüber hinwegzutäuschen, dass Hetzjagden auf Inder wie im sächsischen Mügeln oder Morde an als „schwul“ gebrandmarkten jungen Männern wie 2009 in Magdeburg in der ostdeutschen Provinz sich überall und jederzeit wiederholen können. In beiden gerade genannten Fällen waren die Täter – wie die jeweiligen Bürgermeister nach solchen Taten oft nicht müde werden zu betonen – keine bekennenden Nazis. Das Absurde dabei: Die Stadtoberhäupter haben recht. Wer weiß, wie in Gegenden wie dieser hier bei familiären Geburtstagsfeiern über Schwule gesprochen wird; wie für sogenannte Kinderschänder nichts anderes als der möglichst grausame und am besten eigenhändig herbeizuführende Tod als gerechte Strafe empfunden wird; und wie Asiaten ganz selbstverständlich als „Fidschis“ firmieren, der weiß: Es bedarf keiner bekennenden Nazis, um die Gemeinschaft von imaginierten Störenfriedern zu bereinigen. Der Hass auf das „Andere“ ist nirgendwo so tief verwurzelt, wie in Gegenden, wo es das „Andere“ kaum gibt. Nicht umsonst ist im Westen der Republik das Risiko, Opfer eines fremdenfeindlichen Übergriffs zu werden, 17 Mal niedriger als im Osten, also als in Köthen zum Beispiel.

Wohl nicht zufällig beginnt das Online-Lexikon „Wikipedia“ seinen Beitrag über Köthen damit, dem Leser mitzuteilen, dass das „älteste Zeugnis menschlicher Anwesenheit in der Köthener Gegend ein [...] etwa 250.000 Jahre alter Faustkeil eines altsteinzeitlichen Jägers“ sei. Menschheitsgeschichtlich scheint in der Region seitdem nicht viel passiert zu sein. OK, auch hier gibt es mittlerweile befestigte Wege, es fahren Autos, und auch hier gibt es im örtlichen Supermarkt Smarties und Capri-Sonne zu kaufen. Dennoch: Hier in Köthen verdichtet sich all das, was den Osten der Republik so hässlich macht: Gemeinschaft, Lokalpatriotismus, wohlige Wärme des Kollektivs. Die Abgrenzung nach außen kennt dabei kein Ziel, sondern ist Selbstzweck. Der Hass der CDU-Wähler auf sogenannte Graffiti-schmierer, der Parteigänger der Linken mit seinem Hass auf Wessis und Amerika, der NPD-Sympathisant, der nur das ausspricht, was andere denken und dafür wiederum von diesen gehasst wird. Diese Menschen, ob in ihren Gartenlauben, Reihenhäusern, Mietkasernen oder Vereinslokalen, eint das Gefühl, betrogen zu werden, zu kurz zu kommen, hintergangen zu werden. Sich gewahr zu werden, selbst

nichts wert zu sein, schlägt um in Stolz auf das, was noch dem letzten Trottel Identität zu geben verspricht: Tradition, Wurzeln, Blut und Boden. Ganz in diesem Sinne bietet Köthen allerlei Identitätsstiftendes. Ein Alkoholikerstammtisch, der unter dem Namen Karnevalsverein alljährlich den wohl öffentlichkeitswirksamsten Auftritt einer Horde Durchgeknallter organisiert, ist das Aushängeschild des Ortes, aus dem so namhafte Leute wie Paul Schmidt, der weltbekannte Erfinder der Trockenbatterie, und Georg Krause, Gründer der „Chemiker-Zeitung“, stammen. Der Karnevalsverein, der sich unendlich viel darauf einbildet, in der DDR verboten worden zu sein, ganz so, als ob die Zugehörigkeit zum Trinker-Milieu der frühen DDR einen Konformisten tatsächlich zum Dissidenten werden ließ, besitzt in der Stadt eine Art Heldenstatus. Köthen braucht keine Kameradschaft; es hat den Karnevalsverein. Doch auch den intellektuell Anspruchsvolleren bietet der Ort, um den selbst Flüsse einen großen Bogen machen, angemessene Betätigungsfelder: Die sogenannte „Fruchtbringende Gesellschaft“ hatte schon im 17. Jahrhundert ihren Sitz im wunderschönen Köthen. Ihre Aufgabe war es, die deutsche Sprache vor fremdländischen Einflüssen zu schützen und Fremdwörter zu „verdeutschern“. Nachdem sich bis 1945 die Volksgenossen und ihr großer Führer – dessen langjähriger Leibarzt Werner Haase, nur nebenbei bemerkt, in Köthen das Licht der Welt erblickte – um die Reinhaltung des Deutschen gekümmert hatten, und das Interesse daran in den Folgejahren abgeflaut war, gründete sich 2007 die „Neue Fruchtbringende Gesellschaft zu Köthen/Anhalt e.V.“. Aufgabe diesmal: „Die deutsche Sprache in ihrem grundlegenden Wesen und ihrer Bedeutung zu erhalten, auszuüben und zu pflegen“. Welch eine Ironie! Gerade in Köthen, einem Ort, an dem selbst die Studenten der ansässigen Fachhochschule kaum fähig sind, die Pronomen „mir“ und „mich“ auseinander zu halten und ein Großteil der Einwohner es nur vereinzelt fertig bringt, vor Fernsehkameras ohne mitlaufende Untertitel verstanden zu werden.

Köthens größter Schatz ist jedoch jemand, dessen behauptete Bindung zum Ort sich manch andere Städte nur wünschen können. Die Rede ist von Johann Sebastian Bach. Zwar wollte der Komponist schon zweieinhalb Jahre nach seinem hiesigen Engagement gen Hamburg davonziehen, doch erst drei weitere Jahre später gelang dem Kosmopoliten die Flucht aus der bedrängenden Enge des Ortes. Köthener Auftraggeber verweigerten dem Komponisten die Bezahlung, seine Frau starb, und dem ihn anstellenden Herrschaftshaus stand schon bald der Sinn nicht mehr nach Musik. Kurz: Es war eine Scheißzeit für den Künstler. Wann immer es ging, versuchte Bach aus der Stadt zu flüchten, und ließ deshalb kaum eine Gelegenheit aus, nach Leipzig, Berlin oder Karlsbad zu reisen. Von all dem möchte man in Köthen heute selbstverständlich nichts wissen. Bachstadt Köthen, das klingt gut. Dumm

nur, dass die Stadt nicht aufgrund des berühmten Komponisten über die sachsen-anhaltischen Landesgrenzen hinaus bekannt wurde, sondern durch eine nahezu durchschnittliche Köthener Familie den Ruhm erlangte, den sie tatsächlich verdient. Es waren die sogenannten „Kinder von Köthen“, die von der Fernsehsendung „Stern TV“ seit 15 Jahren begleitet werden und die bereits im Jahr 1994 im Alter von sieben, acht, neun und zwölf Jahren eine Nachbarin und ihren Freund verprügelten und deren Wohnung verwüsteten.\* Kurze Zeit später bekundeten zwei Zöglinge der Familie Ritter stolz vor laufenden RTL-Kameras, mit Baseballschlägern Ausländer blau schlagen und Skinheads werden zu wollen, wenn sie einmal groß sind. Dass die Mehrheit des Ortes der Familie Ritter mit ausgeprägtem Hass begegnet und sie loswerden will, dürfte weniger daran liegen, dass es den Ritterjungs im Gegensatz zum durchschnittlichen Köthener tatsächlich gelang, ihren „Berufswunsch“ in die Tat umzusetzen. Es dürfte vielmehr darauf zurückzuführen sein, dass die Ritters allzu deutliche Rückschlüsse auf das Klima vor Ort zulassen.

Auch wenn unser Vorschlag den heutigen Veranstaltern sicherlich nicht ausnahmslos gefallen dürfte, sei uns zum Schluss folgender Hinweis gestattet: Hört auf zu versuchen, in dieser Stadt Politik zu machen. Es gibt nichts zu retten an der ostdeutschen Provinz. Ihr dürft schon viel mehr Zeit hier verbracht haben, als Johann Sebastian Bach, der nach fünf Jahren froh war, von diesem Flecken Erde endlich verschwinden zu können. Tut es ihm gleich. Haut hier ab! Kehrt dieser Gegend den Rücken und geht irgendwo dorthin, wo die Zivillisation wenigstens einen Schleier über die Barbarei des flachen Landes geworfen hat. Seid froh, dann nur noch zu Weihnachten und den einschlägigen Familiengeburtstagen die Stadtgrenzen überqueren zu müssen. Und das ist schon schlimm genug. It's time to say goodbye. Und auch für unsere lieben Bürger und Bürgerinnen haben wir einen Schlusssatz mitgebracht: Uns unbeliebt zu machen, gehört zu unserer Spezialität. Zur Versöhnung haben wir euch Bananen mitgebracht.

#### AG „NO TEARS FOR KRAUTS“ HALLE

##### Anmerkung:

\* Näheres unter: <http://www.vimeo.com/6362314>

---

V.i.S.d.P.: P.Finow, An der Magistrale 89  
06124 Halle (Saale)  
Kontakt: [www.bonjour-tristesse.tk](http://www.bonjour-tristesse.tk)  
[tristesse@freenet.de](mailto:tristesse@freenet.de)

# KUMULATIVE VERBLÖDUNG

*Da es für eine anderweitige Wahrnehmung nicht reicht, bemüht sich das hallische „Thalia“-Theater regelmäßig um Skandale: Mal überlässt man einer Hooligan-Horde des „Halleschen Fußballclubs Chemie“ (HFC) die Bühne, damit sie über Juden, Zigeuner und die fiese freie Presse lamentieren können, mal stellt man sich selbst als das Opfer eines neuen Holocaust dar. Wir dokumentieren einen Text aus der letzten Ausgabe der Zeitschrift „Bahamas“ (5/8/2009) über „eine Provinztheaterposse und die Freiheit der Kunst“.*

Liebe und Kunst dürfen in Deutschland nichts kosten. Wer sich offen dazu einbekennt, eines von beiden des Geldes wegen anzubieten, gilt bestenfalls als Scharlatan; im Normalfall verliert er seine gesellschaftliche Reputation. Curt Goetz' Theaterdirektor Emanuel Striese aus dem „Raub der Sabinerinnen“, der aus Geldsorgen ebenso solide wie frivole Unterhaltung präsentiert, gilt in der hiesigen Bühnenwelt noch immer als der Inbegriff des Schmierentheaterchefs. Ebenso wie Liebe hierzulande offiziell nichts mit dem Aussehen oder dem Geldbeutel der geliebten Person zu tun haben darf, soll Kunst allenfalls der Selbstverwirklichung dienen. Sie kommt nach herrschender Auffassung nicht aus dem Kopf, sondern aus Bauch oder Rückenmark – als Ausdruck individuell-naturwüchsiger Schöpfungskraft. Mehr noch als die Arbeit des Mediziners gilt die Tätigkeit des Künstlers dementsprechend weniger als Beruf denn als Berufung.

Wie so oft fallen die Realität und die Selbstwahrnehmung der Landsleute, die „Gemütlichkeit“ nach zwei angezettelten Weltkriegen immer noch für eine ihrer größten Tugenden halten, jedoch deutlich auseinander. So sind die beliebtesten Künstler Deutschlands nahezu durchweg das Gegenbild des „autonomen Künstlers“. Ob Heinz Rühmann, Heinrich George oder Günter Grass: Sie verdanken ihren Erfolg durchweg dem Heranwanzeln an die jeweilige Macht. „Du kaufst jetzt Günter Grass, sonst setzt es was“, so spöttelte Otto Waalkes schon vor Urzeiten über die verkaufsfördernde Wirkung der Kombination von Schriftstellerei und Politik. Während die tatsächlichen Publikumsliebhaber der Deutschen also identisch mit den staatsnahen und finanzstarken Kulturarbeitern sind, wird das Idealbild des Künstlers hierzulande durch Maler wie Vincent van Gogh oder Autoren wie Friedrich Hölderlin verkörpert: ein wenig verrückt, in ärmlichen Verhältnissen lebend und zu Lebzeiten erfolglos. In dieser Figur des verkannten Genies dürfte sich der zum Kunstgewerbe neigende Mittelstand, der den Großteil der Theater-, Ausstellungs- und Konzertbesucher stellt, selbst wiederzuerkennen glauben: So gibt es kaum einen Hochschulabsolventen, der nicht mindestens ein Romanfragment im Kopf oder sogar im Schreibtisch hat; kaum eine Hausfrau dürfte nicht von der Entdeckung durch den Kunstkritiker träumen, der die Bilder, die sie im Urlaub zusammenschmiert, zu schätzen weiß. Und auch die hundsteuern Kamerarausrüstungen, die schon Gymnasiasten mit zu ihrer Klassenfahrt schleppen, um die immergleichen Blumen-, Sandkorn- und Sonnenuntergangsbilder zu machen,

signalisieren: Hier glaubt sich jemand zu Höherem berufen. In besser situierten Gegenden der Republik sind die Eingangshallen der örtlichen Sparkasse dementsprechend oft über Monate hinweg mit Gemälden, Fotografien oder Skulpturen ausgestattet, die ein örtliches Honoratiorenehepaar in seinem bisherigen Leben fabriziert hat und nun einer größeren Öffentlichkeit vorstellen will.

## Kunst und Kommerz

Bei der Überhöhung des armen, mittellosen Künstlers, der aus purer Leidenschaft malt, Stücke schreibt oder komponiert, wird gern übersehen, dass das Los der Mittellosigkeit weder von van Gogh noch von Hölderlin freiwillig gewählt wurde. Ähnlich dem Hobbyfilmer, der sich danach sehnt, dass seine Homevideos in Cannes gewürdigt werden, träumten sie nicht nur vom künstlerischen, sondern auch vom finanziellen Durchbruch. Soll heißen: Anders als von ideellen und realen Kunsterziehungslehrern regelmäßig suggeriert, ist die Verbindung von Kunst und Geld nicht die Antithese der Kunst. Im Gegenteil, die viel beschworene Autonomie des Kunstwerks ist ohne seinen Warencharakter nicht zu denken. So haben nicht nur einige der größten Kunstwerke ihre Existenz dem Wunsch ihrer Hersteller zu verdanken, durch ihren Verkauf die Schulden loszuwerden, die sich im Verlauf ihres bisherigen Lebens angehäuften hatten: Schiller begann seinen „Don Karlos“ mit Blick auf den Verkauf an das Mannheimer Theater; Baudelaire stellte seine Gedichtsammlung „Die Blumen des Bösen“ – in erster Linie eine Zweitverwertung schon einmal verkaufter Verse – zusammen, um sich die nächste Portion Opium kaufen zu können. Auch in historischer Perspektive ist die immer wieder kritisierte Kopplung von Kunst und Kommerz überhaupt erst die Voraussetzung von Kunst. Das autonome Kunstwerk, der einzige Gegenstand, der sich im engeren Sinn als Kunst bezeichnen lässt, entstand aus dem doppelten Rittberger der Ästhetik: der Verbindung mit dem Geld und der Trennung von dem, was Kulturschaffende in Deutschland seit jeher magisch anzieht: der Macht.

Bis in die Zeit der Aufklärung unterstanden der Künstler und sein Werk dem direkten Zweck der Herrschaft. Sie waren vom Wohlwollen und von der Willkür des jeweiligen Gönners abhängig. Auch wenn die Altarbilder barocker Dorfkirchen, die Sinfonien, die Mozart senior für seinen Dienstherrn, den Salzburger Erzbischof, komponierte, oder die unglaublichen Gedichte, die sich Ludwig XIV. zu seinen eigenen Ehren schreiben ließ, ihre Be-

stimmung gelegentlich überschritten, hatten sie letztlich den Zweck, die Macht ihrer Auftraggeber zu verewigen. Vom autonomen Kunstwerk kann erst gesprochen werden, seit sich der Künstler aus der personalen Abhängigkeit befreite: seit er nicht mehr für einen direkten – und vor allem: den immergleichen – Auftraggeber, der gleichzeitig sein Dienst- und Schutzherr war, produzierte, sondern für den freien Markt. Im Unterschied zu den Ansprüchen, die an die jeweiligen Haus- und Hoflieferanten der Feudalzeit gestellt wurden, waren die Anforderungen des Marktes so vielfach vermittelt, „dass der Künstler von der bestimmten Zumutung, freilich nur in gewissem Maße, dispensiert bleibt“.<sup>1</sup> Erst die Anonymität des Marktes befreite den Künstler, wenn auch immer nur partiell, vom Zwang, die pflichtgemäßen Motetten, die immergleichen Porträts der jeweils aktuellen Fürsten-Mätresse oder Wandbilder des obligatorischen Mannes am Kreuz zu produzieren; erst die Existenz des freien Marktes ließ Kunst paradoxerweise zum „Statthalter der nicht länger vom Tausch verunstalteten Dinge“<sup>2</sup> werden: Der Markt sorgte nicht nur dafür, dass der Künstler sein Auskommen durch das Ausleben seiner künstlerischen Ambitionen sichern konnte. (Da er zumindest die Möglichkeit bot, reich und berühmt zu werden, verzichteten schon in der Zeit der Aufklärung ganze Heerscharen begabter junger Männer auf das langweilig-biedere, aber sichere Einkommen des Handwerker- und Klosterkünstlers und versuchten sich stattdessen lieber als Glücksritter des bürgerlichen Kunstbetriebs.) Das Marktgeschehen bot aufgrund seiner Anonymität zugleich den Rahmen, der es dem Künstler erlaubte, nur der Stimmigkeit und den Anforderungen zu folgen, die sich aus der Formgestaltung des Materials ergeben. Mit anderen Worten: Der Künstler arbeitete sowohl für den Verkauf, von dem er nicht wusste, ob er jemals stattfinden würde, als auch für die Logik des Kunstwerks, die sich jedem anderen Zweck sperrt.

## Die Welt als Staatstheater

Diese Zeit – und das dürfte die deutsche Fehlwahrnehmung der Verbindung von Geld und Kunst noch forciert haben – ist allerdings vorbei. In der glorreichen Phase des bürgerlichen Zeitalters fielen die Anforderungen, die ein Kunstwerk an seine Entschlüsselung stellt, und die Bedürfnisse des Bürgers teilweise noch zusammen: „Beethoven hat sich nicht an die Ideologie des viel zitierten aufsteigenden Bürgertums von 1789 oder 1800 angepasst, sondern war selber von dessen Geist. Daher sein unüberbotenes Gelingen.“<sup>3</sup> In dem Maß, in dem sich der Bürger vom Statthalter Gottes auf Erden in einen Angestellten verwandelte, entkoppelten sich seine ästhetischen Bedürfnisse allerdings vom immanenten Anspruch des autonomen Kunstwerks. Das universalistische Pathos, mit dem das Bürgertum den Adel verjagt hatte, wurde durch eine Mischung aus Lethargie und Untergangsehnsucht ersetzt. Damit

verlor das autonome Kunstwerk langfristig das, was es erst auf den Weg gebracht hatte – seinen Markt und seine Abnehmer-schaft. Zwar sorgte der Staat noch eine gewisse Zeit dafür, dass der Kunstbetrieb als menschliches Artenschutzreservat, eine Art Zoo, in dem sich die Besucher über eine weithin ausgestorbene Spezies amüsieren können, erhalten blieb: Die Kombination aus staatlicher Bezuschussung und öffentlich-rechtlicher Verwaltung des Kunstbetriebs schützte Autoren, Intendanten und Kuratoren einerseits vor dem direkten Zugriff des Staates. Andererseits befreite es den Künstler von der Zumutung, den veränderten Markt mit dem Schund zu bedienen, den er einfordert. (Auch das Mäzenatentum, ohne das der Kunstbetrieb nie auskam, gewann neue Bedeutung.) Die Tendenz zur negativen Aufhebung der Kunst, von der die kritische Theorie spricht, konnte dadurch allerdings nicht aufgehalten werden. Das Wissen der Künstler, auf dem Markt nicht mehr bestehen und nur mit Hilfe des Staates überleben zu können, ging langfristig in die Kunst selbst ein. Denn auch wenn das staatliche Subventions- und Stipendensystem gelegentlich noch einen Schutzraum für Nonkonformisten, Eigenbrötler und Sonderlinge bot: In dem Maß, in dem sich die Kunst in eine Angelegenheit des Staates verwandelte, wurde der Staat tendenziell zur Angelegenheit der Kunst. Im Unterschied zur Staatskunst früherer Jahrhunderte ist der Ansprechpartner ihrer aktuellen Reinkarnation allerdings weniger das Publikum; die Zuschauer sollen nicht mehr von der Mildtätigkeit ihres Anführers überzeugt werden, der ihnen mal Seichtes, mal Erhabenes spendiert und in einem gnädigen Moment auch Kritik an sich selbst zulässt. Der Ansprechpartner insbesondere des zeitgenössischen Theaters ist vielmehr der Staat selbst. Vom Wahrheitsanspruch des Kunstwerks, der im besten Sinn autoritär war, bleibt vor allem der Größenwahn des Künstlers – des Intendanten, Regisseurs und Autors –, der sich entweder als Ratgeber des Staates oder gleich ganz als prospektiver Philosophenkönig sieht. Die Präsidentschaftskandidatur des früheren „Tatort“-Kommissars Peter Sodann, der von 1981 bis 2005 als Intendant des „Neuen Theaters“ in Halle sein Unwesen trieb, lag durchaus in der Logik eines Kunst- und Theaterbetriebs, der in Permanenz Staatsziele formuliert. Sie lag in der Logik eines Betriebs, dessen Produktionen ihren politischen Gehalt weniger aus der Materialgestaltung als aus den aufdringlichen Bekennnissen ihrer Macher beziehen. So wird die Deutschlehrerfrage „Was will uns der Autor damit sagen?“ von den einschlägigen Regisseuren, Autoren und Intendanten nicht mehr als die Zumutung abgetan, die sie ist. Im Gegenteil, Peymann, Castorf, Schlingensiefel und Co. können gar nicht damit aufhören, über ihre Ambitionen zu plappern. Sie bestehen darauf, dass ihr Werk eine „Botschaft“ habe.

Und diese Botschaft ist eindeutig. Wer sich die zeitgenössischen Lieblingsinsze-

nierungen des Feuilletons anschaut, erkennt weder eine Allegorie „scheinlos gegenwärtigen Glücks“, die ihre Sprengkraft gerade daraus zieht, dass sie „mit der tödlichen Klausel des Schimärischen“ behaftet ist: „dass es nicht ist“.<sup>4</sup> Noch findet eine Abarbeitung an der Erfahrung von Leiden statt. Sowohl in den Fäkal- und Schreiergigen Schlingensiefels oder Castorfs als auch in ihren volkstümlichen Komplementären, für die das „intellektuelle Volkstheater“ Peter Sodanns steht<sup>5</sup>, wird die Realität bestenfalls verdoppelt. Die Verhältnisse sollen nach dem Vorbild des Staatstheaters, einer Operettenvariante des Staatssozialismus, umgestaltet werden. Das Prinzip der Vergleichung, das gerade in der Kunst für Qualität bürgt, soll ausgeschaltet, die Menschen sollen von der Verantwortlichkeit für ihr Leben entbunden und zu Zuteilungsempfängern gemacht werden. Der Staat soll sich in die Fürsorgeeinrichtung verwandeln, die er potentiell schon ist: Er soll, ähnlich dem Theaterpfortner, der bei den privaten Umverteilungen des Theaterrinventars gern ein Auge zudrückt, jedem seinen Anteil an der Beute zukommen lassen. In diesem Zusammenhang war auch Sodanns Entscheidung für die Linkspartei weit mehr als dem individuellen Spleen des Super-Ossis geschuldet. Immerhin erinnert die Spielplangestaltung der meisten zeitgenössischen deutschen Theater an ein exaltes Begleitprogramm eines Bundesparteitags der Gysi-Truppe. (Selbst die wenigen Fürsprecher des konservativen Autorentheaters, der scheinbaren Antithese des Regietheaters, sehnen sich, wie Daniel Kehlmann in seiner Eröffnungsrede zu den diesjährigen Salzburger Festspielen erst wieder vorerzählt hat, in Jammer-Ossi-Manier in die gute alte Zeit zurück, in der die Dinge noch ihre natürliche Ordnung hatten, dem Autor mit Demut begegnet wurde und Vati aufgrund mangelnder Konkurrenz noch Arbeit hatte.) Mit seiner Erklärung, Deutsche-Bank-Chef Ackermann verhaften zu wollen, oder seinem Lamento über „die Medien“, die daran Schuld seien, dass das deutsche Volk „nicht auf der Höhe seiner Denkfähigkeit“ sei („Die Welt“ vom 29. Oktober 2008), gab Sodann mit anderen Worten nur das wieder, was auf europäischen Bühnen Konsens ist. Ob Jan Fabres „Orgie der Toleranz“, die beim Theaterfestival von Avignon gerade mit Standing Ovations gefeiert wurde, Mirko Borschts Stück „Opfer-Popp“, für das das hallische „Thalia Theater“ in diesem Jahr den hoch dotierten „Preis für kulturelle Bildung“ des Bundes erhielt, oder die letzten Rückzugsgefechte des Autorentheaters: Kaum eine der hochgelobten Inszenierungen der Gegenwart kommt ohne die Kritik des Dreiklangs von Medien, Konsum und Globalisierung aus. Beim Regietheater ist die Botschaft zunächst in die einzelnen Drehbücher eingegangen; das Autorentheater ist hingegen selbst eine einzige Agitpropveranstaltung gegen Markt und Moderne.

## Das Elend des Provinztheaters

Das alles ist der Hintergrund eines aktuellen Provinztheaterskandals, der gerade aufgrund seines possenhaften Charakters beispielhaft für den Wahn steht, in den der hiesige Kunstbetrieb im Angesicht der Krise verfällt. Der Reihe nach: Anfang des Jahres wurden das „Thalia Theater“, das „Neue Theater“, die Oper und die Staatskapelle Halle, die bis dahin eine eigenständige Verwaltung hatten, unter dem institutionellen Dach eines Mehrspartenhauses zusammengefasst. Die künstlerische Eigenständigkeit soll weiter gewährleistet werden; die Verwaltung ging jedoch an die „Kultur GmbH Halle“ über. Anders als vom regionalen Kulturklüngel – Kleinkunstgewerbetreibenden, Mitarbeitern der örtlichen Hochschule für Kunst und Design und der obligatorischen linksalternativen Töpferkursklientel – suggeriert, war diese Fusion nicht der besonderen Kulturlosigkeit des hallischen Stadtrates, der die Zusammenlegung beschlossen hatte, geschuldet. Sie reiht sich vielmehr in den bundesweiten Trend zur Senkung von Verwaltungskosten an staatlichen Bühnen ein. Seit dem Zusammenschluss nehmen sich jedoch selbst die gruseligsten Eifersüchtelien und Boshaftigkeiten, die den Umgang der örtlichen Kulturkonkurrenz bis dahin geprägt hatten, wie die Mahn-male eines goldenen Zeitalters der Harmonie aus: Das „Thalia“ ist neidisch auf das „Neue Theater“, die Staatskapelle befiehlt die Oper, und alle zusammen haben das Kriegsbeil gegen die Leitung der „Kultur GmbH“ ausgegraben. Gemeinsam gibt man sich als letzte Bastion der Verteidigung künstlerischer Freiheit.

Nach einem Arbeitsgespräch zwischen drei pädagogischen Mitarbeiterinnen des „Thalia Theaters“ und Ulrich Katzer, dem künstlerischen Betriebsdirektor der „Kultur GmbH“, eskalierte die Situation schließlich. Der Grund: Katzer hatte in diesem Gespräch den Begriff der „kumulativen Radikalisierung“ benutzt. Rein semantisch umschreibt diese Formel die Situation ambitionierter Provinztheater durchaus treffend. So leiden die Ensembles der entsprechenden Bühnen bekanntlich regelmäßig darunter, dass sie anstatt am Broadway oder, etwas weniger weltläufig, an der Berliner „Volksbühne“ nur irgendwo auf dem flachen Land untergekommen sind. Das Engagement am „Thalia“ dürfte sogar mit einer doppelten Kränkung verbunden sein: Die Mitarbeiter hat es aufgrund einer Laune des Schicksals, fehlender Beziehungen oder der eigenen Mittelmäßigkeit nicht nur in die Industriebrache des Ostens verschlagen. Das „Thalia“ ist laut offizieller Definition auch noch das, was in der Branche gern als die Streichelzoovariante des Schauspielhauses denunziert wird: ein Kinder- und Jugendtheater. Ebenso wie andere Provinztheater hat sich dementsprechend auch am „Thalia“ die kunstgewerbliche Variante eines Aufmerksamkeitsdefizitsyndroms herausgebildet: Die provinzielle Lage, die Nichtbeachtung durch namhafte Theaterkritiker und das Desinteres-

se des Publikums werden mit Hyperaktivität, einem erhöhten Maß an Engagement, Ambition und so genannter Experimentierfreude, kompensiert. So ignoriert die Führung des Theaters immer wieder die statuierte Zielgruppe und gibt sich als Nachgeburt des Regietheaters der 1970er Jahre. Die Inszenierungen finden regelmäßig an besonders ausgefallenen Spielstätten (ein Kaufhaus, Straßenbahnen, ungeheizte Mehrzweckhallen usw.) statt. Und die Zahl der Premieren verhält sich umgekehrt proportional zur eigenen Leistungsfähigkeit. Während am „Thalia“ in der nächsten Spielzeit 17 Premieren auf dem Plan stehen, haben das „Neue Theater“ und die Oper, die weitaus größeren Häuser, nur zehn bzw. zwölf Neuproduktionen im Angebot. Die Folge: Die Mitarbeiter des „Thalia Theaters“ sind überlastet; Kritiker sprechen angesichts der Unverhältnismäßigkeit von Rödelei und Publikumsgunst von einem drohenden Burn-Out des Theaters.

In diesem Zusammenhang wollte Ulrich Katzer, wie er später in einem Brief erklärte, eine Diskussion darüber anregen, „ob nicht vielleicht durch zu viele Aktivitäten auf eine Überlastung der Mitarbeiter hingesteuert wird und dabei ein Effekt eintreten könnte, welcher den unbestrittenen Erfolg des Thalia-Theaters in seinem Kinder- und Jugendbereich gefährden könnte“. Das Dumme ist: Die von ihm benutzte Formel der „kumulativen Radikalisierung“ geht auf den Historiker Hans Mommsen zurück, der damit den Prozess des Ineinanders der Selbstzerstörung des NS-Regimes und der schrittweisen Entrechtung der Juden bis hin zu ihrer Vernichtung umschreibt.<sup>6</sup> Nachdem Annegret Hahn, die künstlerische Leiterin des „Thalia Theaters“, von ihren Mitarbeiterinnen über das Treffen informiert wurde, verfasste sie einen empörten offenen Brief, in dem aus einem Gespräch über die Arbeitssituation am „Thalia“ ein Aufruf zum Pogrom geworden war. Der Skandal war perfekt. Katzer, so behauptete Hahn, habe erklärt, dass er gegenüber dem „Thalia Theater“ nach dem „Prinzip der ‚kumulativen Radikalisierung‘ verfahren möchte“. Damit habe er sich als Antisemit geoutet und als „Herrenmensch“ aufgespielt. In einem Interview mit einem Stadtmagazin präsentierte sie ihr Theater schließlich als Opfer einer drohenden Vernichtung: Es sei ein „unerträgliches Gefühl, wenn man den Eindruck vermittelt bekommt, dass da einer am längeren Hebel sitzt und dich ausradieren könnte“. („Frizz“ 7/2009)

Nun ist es zwar nicht möglich, bewusst nach dem „Prinzip“ eines Prozesses zu verfahren, der sich hinter dem Rücken der Beteiligten abspielt – Hans Mommsen, der in Hahns offenem Brief als Kronzeuge gegen Katzer herangezogen wurde, gehört in der Geschichtswissenschaft zu den so genannten Funktionalisten, die die Intention der Täter, den Antisemitismus und den Vernichtungswillen sträflich vernachlässigen. Auch war bis dahin unbekannt, dass das „Thalia Theater“ eine versteckte Dependence der Jüdischen Gemeinde Hal-

le ist. Der genaue Wortlaut des Arbeitsgesprächs spielte in der öffentlichen Diskussion, die kurz nach der Versendung des offenen Briefes begann, jedoch keine Rolle mehr. Es genügte, dass der künstlerische Betriebsdirektor der „Kultur GmbH“ die Formel „kumulative Radikalisierung“ verwendet hatte. Die Regionalpresse – von der Tageszeitung über diverse Stadtmagazine bis hin zum örtlichen Radiosender – berichtete, die Stadtverwaltung beschäftigte sich mit dem Vorfall, der Aufsichtsrat der „Kultur GmbH“ tagte, und in regionalen Internetforen wurde intensiv über Katzer, Hahn und Antisemitismus debattiert. Während die Stadtverwaltung Ruhe bewahrte und sich hinter Katzer stellte, wurde anderswo die Forderung nach seinem Rücktritt laut. Nun ist es zwar absurd, jemanden, der einen geschichtswissenschaftlichen Fachbegriff für den Prozess der Entrechtung der europäischen Juden – wenn auch in einem unpassenden Zusammenhang – verwendet, als Antisemiten zu bezeichnen. (Von ähnlicher Qualität ist es allenfalls, einen Bäcker, der mit dem psychoanalytischen Begriff des Penisneids hantiert, als Freund der Kastration zu denunzieren.) Dennoch empörte sich eine Stadträtin des „Neuen Forums“ darüber, dass „die Verwendung eines solchen Begriffs“ von der Stadtverwaltung „unter den Tisch gekehrt“ werden solle. („Mitteldeutsche Zeitung“ vom 21. Juni 2009) Ein emeritierter Professor behauptete in einem offenen Brief darüber hinaus, dass die Äußerungen Katzers „auf einer ultrarechten, ja faschistoiden, im Grunde nicht nur antidemokratischen, sondern in letzter Konsequenz auch antisemitischen Basis“ beruhen würden. (salikus.de) Und in einem Internetforum wurde schließlich sogar gefordert, Katzer vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. (halle-forum.de) Bei so viel Engagement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und die Vernichtung der europäischen Theaterlandschaft fiel es niemandem auf, dass nicht Katzer die Mittelekürzungen an einem Provinztheater öffentlich mit der Ermordung der europäischen Juden gleichgesetzt hatte, sondern Hahn. Nicht Katzer hatte das „Thalia“ als Vertreter einer „minderen Theaterasse“ bezeichnet; Hahn hatte ihm diese Worte in ihrem offenen Brief vielmehr in den Mund gelegt: „Was beflügelt Herrn Katzer, sich als ‚Herrenmensch‘ aufzuspielen gegenüber den ‚Untermenschen‘ / ‚der minderen Theaterasse‘ (Kinder- und Jugendtheater) Thalia Theater?“

#### Ein Fall für den Zentralrat

Mit dieser Frage projizierte Hahn nicht nur die eigenen Vorbehalte gegenüber Kinder- und Jugendtheatern auf ihren Vorgesetzten: Immerhin ist von Katzer bisher keine abfällige Bemerkung über die Institution des Kinder- und Jugendtheaters publik geworden, während Hahns ganze Intendantentätigkeit wie eine große Kompensation des Leidens daran erscheint, in erster Linie für Kindergärten und Schulklassen produzieren zu müssen. Auch steht der

Antisemitismusvorwurf an Katzer nicht allein für den Zerfall des Antisemitismusbegriffs, der in jüngster Zeit gerade bei linksakademischen Antisemitismusexperten zu beobachten ist. Schließlich gibt es im Kulturbetrieb diesbezüglich kaum etwas, das zerfallen kann: Schon in den 1980er Jahren hatten Theater und andere Kleinkunsthöfen als künstlerische Entsprechung des friedens- und umweltbewegten Endkampfes gegen einen „atomaren“ oder „ökologischen Holocaust“ fungiert. Neben einer Mischung aus kumulativer Verblödung, Dreistigkeit und aggressivem Selbstmitleid dürfte aus dem Furor des örtlichen Kulturklüngels vor allem die Unfähigkeit gesprochen haben, die eigene subventionierte Existenz vernünftig zu begründen. Hahn, die hier exemplarisch für den deutschen Bühnenbetrieb steht, scheint selbst nicht so richtig zu wissen, warum sie für ihr Werkeln überhaupt noch Geld vom Staat bekommt.

Diese Kombination aus Unwissen und Argumentationsnot hat durchaus ein objektives Moment. Denn wie sollen die hiesigen Kulturarbeiter die finanziellen Zuwendungen, die sie seit Jahrzehnten von staatlicher Seite erhalten, angesichts der Krise und der Debatten über die Umstrukturierung der Bühnenlandschaft auch rechtfertigen? Wie sollen sie beim aktuellen Hauen und Stechen um die Staatskohle also begründen, dass anstatt des eigenen Ladens lieber das städtische Schwimmbad, das Fußballstadion oder ein Kindergarten geschlossen werden soll? Da die Verbindung von Kunst und Geld hierzulande als Schweinkram gilt, verbietet sich der schnöde Verweis auf den Arbeitsplatz, die preiswerte Theaterkantine und das Reihenhaus, das abbezahlt werden will. Die Rede von der Kunst als dem Guten, Wahren, Schönen löst angesichts des affirmativen Charakters der Veranstaltung bestenfalls Gelächter aus. Und die Verdopplung der Realität, die sowohl durch die Schlagworte „engagiert“ und „sozialkritisch“ als auch durch die scheinbar gegenläufige Parole des „historisch akkuraten Theaters“, die Daniel Kehlmann in Salzburg bemühte, bestenfalls mühselig kaschiert wird, liefert das Fernsehen in anspruchsvollerer Weise: Es erhebt im Unterschied zum Theaterbetrieb zumindest den Anspruch, das Publikum zu unterhalten.<sup>7</sup> Dieses angestrebte Amüsement scheitert zwar. Trotzdem ist jede Folge der „Verbotenen Liebe“, des „Marienhofs“ oder des „Großstadtreviers“ zumindest unterhaltsamer als die Angebotspalette der hiesigen Theaterlandschaft. (Ganz zu schweigen von den Produktionen der vielgehassten amerikanischen Kulturindustrie: „Lost“, „Baywatch“, „Malcolm mittendrin“ usw.)

Den hiesigen Kulturarbeitern bleibt mit anderen Worten nichts anderes übrig, als existenziell zu werden und von den letzten Dingen zu sprechen. Annegret Hahn griff Ulrich Katzers unfreiwillige Vorlage wohl nicht nur deshalb so bereitwillig auf, weil der Holocaust inzwischen als Chiffre für das Böse schlechthin gilt; er ist zu

einer Art Container für Erinnerungen an alle Formen von Leid, Anstrengung und schlechtem Karma geworden. Der Rückgriff auf Auschwitz bot sich auch deshalb an, weil der Holocaust in Deutschland weniger als Massenmord an sechs Millionen Menschen denn als Zerstörung einer Kultur begriffen wird. Als hätten die Nazis keine Vernichtungslager, sondern eine große Imbisskette betrieben, die langfristig zum Bankrott der traditionellen Bratwurststände geführt hat, basieren die einschlägigen Trauerreden hierzulande immer noch auf dem Lamento über die unwiederbringliche „Vernichtung einer Kultur“. Und so kann sich Annegret Hahn, die um den Bestand ihres Theaters fürchtet, perfiderweise als Geistesverwandte von Anne Frank fühlen, die nicht um ihr Leben, sondern um eine Karriere als Schriftstellerin gebracht wurde.

Vor diesem Hintergrund war letztlich auch das Vorgehen einer hallischen Stadträtin, die mit der „Thalia“-Chefin befreundet ist, konsequent: Sie informierte allen Ernstes den Zentralrat der Juden über Katzers Wortwahl. Wo Auschwitz als gigantische Zensurmaßnahme begriffen wird, die dafür verantwortlich ist, dass die Deutschen seither allein Klezmer spielen müssen, erscheint die Interessenvertretung der deutschen Juden als Fachanwalt in Sachen Kulturförderung. Da die Stadträtin geahnt

haben dürfte, dass sie außer ihrer Verbundenheit mit Hahn keine Argumente für ihre Empörung hatte, musste ihre Biografie als Argument erhalten: Sie könne Katzers Äußerung nicht dulden, weil sie selbst aus einer Familie von Holocaust-Überlebenden komme. (vgl. salikus.de)

Angesichts solch tragischer Folgen von Klügelwirtschaft, Gefolgschaft und Loyalitätsprinzip erschien schließlich selbst die hallische Oberbürgermeisterin, die sonst nicht gerade für ihre Kompetenz bekannt ist, als Instanz der Vernunft: Sie sprach ein Machtwort. Nach einem Ultimatum und einem Wechselspiel aus Widerruf und Bekenntnis nahm Annegret Hahn ihre Vorwürfe gegen ihren Vorgesetzten schließlich zurück. Nun konnte sich auch die Oberbürgermeisterin wieder von ihrer gewohnten Seite zeigen: Da auch sie den Zentralrat der Juden für Kompetenzstreitigkeiten an subventionierten ostdeutschen Kulturbetrieben zuständig zu halten scheint, wollte sie ihm mitteilen, dass Hahn ihren Vorwurf inzwischen zurückgenommen habe – und er insofern nicht mehr tätig werden müsse. („Mitteldeutsche Zeitung“ vom 21. Juni 2009) Diese Nachricht dürfte der Zentralrat erleichtert aufgenommen haben: Gerüchten zufolge muss er nämlich noch einen Besetzungstreit am Laien-Ensemble der Puppenbühne Bautzen schlichten.

#### Anmerkungen:

- 1 Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt am Main 1997, S. 166.
- 2 Theodor W. Adorno: Ästhetische Theorie, Frankfurt am Main 1973, S. 337.
- 3 Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften Bd. 17, Frankfurt am Main 2002, S. 263.
- 4 Theodor W. Adorno: Ästhetische Theorie, S. 119.
- 5 Zu Sodann vgl. Konkret 2/2007.
- 6 Mommsen fasste seine Interpretation vor einigen Jahren folgendermaßen zusammen: „Keine Stellung [im NS-Regime; J.G.] war institutionell definiert, sondern jede musste durch Aktivität und Kampf ihres Inhabers immer wieder neu bestätigt werden. Gleichzeitig ersetzte die Partei das, was wir unter Politik verstehen, durch bloße politische Mobilisierung vor dem Hintergrund eines vage definierten visionären Endziels. Das erzeugte die irrationale Dynamik, die diese Bewegung ausgezeichnet hat. [...] Es kam zu einer ständigen weiteren Radikalisierung der Bewegung, die in Randbereiche abgedrängt wurde, um dann in der Judenverfolgung zu eskalieren und das politische System als Ganzes in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Freisetzung dieser institutionell nicht gebundenen Energien bei Teilen der NSDAP setzte dann den Prozess in Gang, den ich ‚kumulative Radikalisierung‘ nenne.“ Hans Mommsen: Ständige Radikalisierung (Interview), in: Focus 38/1996.
- 7 Peter Sodann gehört hier zu den wenigen Ausnahmen: Er ließ Curt Goetz' Emanuel Striese in seiner Zeit als Intendant des „Neuen Theaters“ Halle nicht nur ein kleines Denkmal bauen. Er forderte zugleich immer wieder, dass Theater unterhaltsam sein müsse. An dieser Forderung ist nichts falsch, außer der Tatsache, dass Sodann das Raunen des örtlichen Rentnerstammtischs der Linkspartei mit Unterhaltung verwechselt.

## DER BEGINN EINER WUNDERBAREN FREUNDSCHAFT

*Spätestens seit dem Oktober 2009 verharmlost das antinationale Leipzig den Nationalismus und begreift sich als Feind der offenen Gesellschaft. Sören Pünjer erläutert, warum.*

Vielleicht erleben wir es schon in diesem Jahr, dass die Verfasser einer Vorjahresprognose nur noch peinlich berührt sich wegschleichen, wenn man sie auf ihr sehr spezielles Urteilsvermögen anspricht, das sie für die Nachwelt wie folgt dokumentiert haben: „Das Jahr 2009 steht im Zeichen einer nationalistischen Mobilisierung, [...] eines exzessiven Jubelrausches.“ So schrieb es eine Leipziger „Initiative gegen jeden Extremismusbegriff“ (INEX) in eine vom „StudentInnenRat“ der Uni Leipzig und der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanzierte Broschüre mit dem Titel „Nie wieder Revolution für Deutschland – Zur linken Kritik an den Wendefeierlichkeiten“. Diese Publikation diente zugleich als nachgereichtes Begleitheft einer Demonstration Mitte Oktober 2009 in Leipzig unter dem Motto „Still not lovin' Germany“, an der sich nach Veranstalterangaben 1.300 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet, vornehmlich aus dem Antifa-Spektrum, beteiligten.

Nun wäre eine solche Weltabgewandtheit nicht weiter erwähnenswert und als eine Provinzposse mit überregionaler Ausstrahlung abzutun, bei der man den Leipziger Aktivisten attestieren müsste, dass sie sich vom notorischen Minderwertigkeitskomplex der Leipziger Öffentlich-

keit dumm machen lassen haben. Von ihr kann man seit 1989 wissen, dass es zur pathologischen Grundausstattung des aufrechten Leipzigers gehört, notorisch rumzujammern, die Leistungen der „Heldstädter“ würden von den Restdeutschen nicht genügend honoriert, und die deshalb insbesondere echte und unechte Jubiläen zu nutzen versucht, um sich aufmerksamkeitsheischend in Stellung zu bringen. Das Problem fängt da an, wo sich vermeintliche Kritiker selber als betriebsblind präsentieren und ihrer spezifischen Lebenswelt höhere Weihen erteilen wollen, nur um sie wichtiger zu nehmen als sie ist. Wenn also der dauerleidende Leipziger Pfarrer Führer im zweiten Halbjahr des Jahres 2009 vielleicht einmal zu viel medial präsent war und der deutsche Bundespräsident Anfang Oktober eine „Demokratieglöcke“ mitten in die Leipziger Innenstadt stellen ließ, dann steht vor allen Dingen fest, dass ein nationalistischer Exzess, der solche Protagonisten und Kunstwerke hervorbringt, auf Grund seiner kitschigen Harmlosigkeit vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der fatalen Rolle, die der Nationalismus darin spielte, niemals weder nationalistisch genannt, noch als Exzess beschrieben werden darf, weil

beides einfach nicht zutreffend ist. Aber den Leipziger Kritikern geht es ganz offensichtlich gerade darum, im Namen des Antinationalismus den Nationalismus zu verharmlosen. Worin sich für sie die „nationalistische Mobilisierung“ äußert, liest sich als eine Bankrotterklärung, die ahistorischer nicht sein könnte und die es geradezu darauf anlegt, Nationalismus überhaupt nicht mehr auf den Begriff zu bringen, sondern mit diesem Terminus willkürlich alles zu denunzieren, was nicht in den Kram, pardon: Diskurs passt. Was also bringt für die INEX den deutschen Nationalismus der Gegenwart zum Ausdruck, den sie konsequenterweise mit dem universitären Schwurbelbegriff „Nationalnarrativ“ kurzgeschlossen hat, mit dem auch schon ein „Israelkritiker“ wie Moshe Zuckermann zum antinationalen Star in Deutschland werden konnte? Schlicht und ergreifend einfach alles: „Volksfeste, Staatsbankette, Diskussionsrunden, Kulturveranstaltungen, Festreden und Denkmäler.“ Warum man sich unter derlei Vorzeichen nicht gleich in „Initiative gegen jeden Nationalismusbegriff“ umbenennt, muss das Geheimnis der Leipziger bleiben. Folgerichtig wäre ein solcher Schritt allemal. Vor dem Hintergrund, dass die Leipziger Spezies offensichtlich schlechtes Eventmanagement nicht von Nationalismus zu unterscheiden vermögen, holen sie in besagtem Broschürchen zum großen Wurf im Kampf gegen linke Nestbeschmutzung aus, den man in dieser Diktion ansonsten nur von den DDR-Nostalgikern der „Jungen Welt“, ehemaligen „Kundschaft“

tern des Friedens“ im Offiziersrang oder kommunistischen Plattformern gewohnt ist: „Die Extremismusformel dient [...] heute dazu, linke Positionierungen mit denen von Nazis gleichzusetzen.“

Man könnte wenigstens heute auch als Linker wissen, dass der linke und nationalsozialistische Hass auf den bürgerlichen Parlamentarismus mindestens rechtfertigt, an diesem nicht gerade unbedeutenden Punkt linke Positionierungen mit denen von Nazis gleichzusetzen, auch wenn die einen ihre Verbrechen im Namen der Volksgemeinschaft und die anderen unter der Verwendung Marxscher Floskeln begingen. Der Leipziger „Initiative gegen jeden Extremismusbegriff“ jedenfalls scheint es eine Herzensangelegenheit zu sein, der Extremismusformel ein weiteres Argument ihrer Berechtigung zu liefern: „Im Wettbewerb der Ideen denkbarer Gesellschaftsmodelle markiert die Option der parlamentarischen Demokratie *generell* [!] einen ideologischen Rückschritt gegenüber der Idee einer Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden Individuums die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Hervorh. S.P.) Diesen Satz kann die Margot in Chile und der Werner Pirker aus Wien aus einem einzigen Grund genauso unterschreiben wie die Hamburger Antiimps in der Brigittenstraße 5: Er ist die Lüge, aus der sich die linke Moral speist und unangreifbar wähnt und wegen der die Linken fortwährend auf Notgemeinschaft gegen Feinde aller Art machen, die sie Solidarität nennen. Gegen diese linke Lebenslüge ist darauf zu beharren, dass bisher immer dort, wo selbsterklärt der Versuch einer praktischen Umsetzung der Idee einer Assoziation erfolgen sollte, in der die freie Entwicklung eines jeden Individuums die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist, dieser *generell* in einem *Rückschritt* gegenüber der parlamentarischen Demokratie mündete. Diese historische Wahrheit sollte für alle unhintergebar sein, die es mit der Marxschen Utopie halten und sie nicht wie die Leipziger zu einer dünnkelhaften Floskel herunterwirtschaften, mit der in der Vergangenheit unzählige linke Verbrechen gerechtfertigt wurden. Gerade deshalb auch wäre ein Extremismusbegriff oder besser: eine Totalitarismustheorie, die im Deutschland der Gegenwart schon seit längerem nicht mehr substantiell zur Relativierung der NS-Verbrechen zu gebrauchen ist, nicht im Schulterschluss mit den finstersten linken Gestalten, wie ihn die Leipziger vollzogen haben, zu verteuflern, sondern gegen ihre verfassungspatriotischen Liebhaber zu verteidigen.

Der Beigeschmack, den die Leipziger Tirade gegen die parlamentarische Demokratie hinterlässt, wird um so fader, je mehr man sich bewusst wird, dass diese linke Stimme der Demokratieverachtung mitten aus dem finsteren Sachsen, dem Epizentrum der Sonderbewusstseinszone, zu vernehmen ist. Man wird an dieser Stelle nicht darüber befinden können, welchen Anteil am Fortwesen des ostdeutschen Ungeis-

tes die Leipziger antinationalen Linken haben. Sicher ist jedoch, dass sie sich offensichtlich spätestens mit Veröffentlichung ihres Broschürens, das wohl nicht zufällig von den Zonenlobbyisten der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert wurde, dafür entschieden haben, sich vom ostdeutschen Pack zusehends ununterscheidbar zu machen, obwohl sie ganz bestimmt keine Ostalgiker sind. Der Allensbach-Studie von Ende November 2009 über den ostdeutschen Gemütszustand kann man diesbezüglich folgendes entnehmen: „Das Bild der zweiten deutschen Diktatur in den neuen Bundesländern hat sich in einer Weise ins Positive verschoben, der man mit dem Begriff ‚Ostalgie‘ allein nicht gerecht wird. Die Verklärung der Vergangenheit durch Ausblenden der unangenehmen Erinnerungen kann die Entwicklung nur in einem gewissen Grade erklären. Darüber hinaus werden fundamentale Unterschiede in der Beurteilung demokratischer Grundsätze sichtbar.“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 25.11.09) Es ist das traurige Verdienst der Leipziger, mit ihrem Broschüren und der dazugehörigen Demonstration am 10. Oktober 2009 sich zur Avantgarde einer Antifa-Strömung gemacht zu haben, die unter dem antinationalen Motto „Still not lovin’ Germany“ de facto den ideologischen Schulterschluss mit den bekennenden Zonis vollzogen hat, mit denen man eine Beurteilung demokratischer Grundsätze teilt, die die parlamentarische Demokratie, den Rechtsstaat also, ohne mit der Wimper zu zucken zur Disposition stellt. Nochmal die Allensbacher dazu: „Dass die Verklärung der DDR über bloße Nostalgie hinausgeht, zeigt sich an den Fragen zum Rechtsstaat. [...] 47 Prozent [der Zonis – S.P.] sagen, für sie habe in der DDR keine Willkür geherrscht. Lediglich 36 Prozent widersprechen. 83 Prozent der Befragten in den alten Bundesrepublik stimmen der zweiten, nur sechs Prozent der ersten Meinung zu.“ Nun würde wohl jeder der Leipziger Antinationalen sich subjektiv den 36 Prozent zurechnen. Ihre oben zitierte Verteufelung der parlamentarischen Demokratie und pauschale Ablehnung jeglicher Parallelisierung von links und rechts macht sie aber zum einen wie von selbst zu willigen Helfern derer, die heute unverblümt denn je behaupten, die DDR wäre mindestens objektiv ein Fortschritt auf dem Weg zu einer Assoziation freier Menschen gewesen, und zum anderen endgültig zum Bestandteil jenes ostdeutschen Konsenses, der in Antifa-Kreisen einstmals zu Unrecht am Beispiel von Wurzen et al. ein rechter genannt wurde, in Wahrheit aber schon immer ein originäres Ostprodukt ohne großen Exporterfolg Richtung Westen war.

#### Still not lovin’ reality

Von dieser ostdeutschen Spezifik als einem wesentlichen Unterschied zum deutschen Westen weitgehend zu schweigen, war ein gravierender Fehler der Antifa in den 1990er Jahren. Dieses Schweigen diente den institutionalisierten Mahnern

und Warnern vor einem gesamtdeutschen Schoß, der fruchtbar noch sei, spätestens ab dem Schröderschen Antifa-Sommer als willkommene Steilvorlage, die wesentlichen Unterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich der Nazi-Gefahr im Osten schön- und im Westen eine Unterschiedslosigkeit herbeizureden. Wie viele vermeidbare Opfer auf das Konto der Bagatelisierung des Ostens durch die Gleichsetzung mit dem Westen gehen, darüber muss nicht an dieser Stelle, sollte aber in den antifaschistischen Infoblättern und mobilen Beratungsstellen der Republik nachgedacht werden. Ein Satz wie der aus einer Pressemitteilung des Leipziger Demonstrations-Bündnisses für den 10. Oktober 2009 jedenfalls: „Wie kann man angesichts der Ereignisse von Mügeln, Colditz oder Döbeln ernsthaft den Deutschen ein besonders ausgeprägtes ‚demokratisches‘ Verständnis attestieren?“ führt die schlechte Antifa-Tradition nicht nur fort, sondern ist zudem ein Schlag ins Gesicht all derer und eine faktische Entsolidarisierung mit denen, die konkret unter den zonalen Zuständen zu leiden haben und sich nichts sehnlicher wünschen als endlich gen Westdeutschland (Asylbewerber), Berlin oder Leipzig-Connewitz (Alternative und Antifa) die Flocke zu machen. Wer die empirische Probe aufs Exempel machen möchte, der stelle einen direkten Vergleich hinsichtlich der Naziszenen und der Ausprägung des autoritären Charakters mit den westdeutschen Partnerstädten Bodman-Ludwigshafen – von Mügeln –, Ochsenfurt – von Colditz – oder Unna – von Döbeln – an, die jeweils von der geografischen Lage, der Einwohnerzahl, Infrastruktur etc. ähnlich sind. Die Kritik an dem oben zitierten antinationalen Satz über die Deutschen hat nicht zum Ziel, ihnen quasi im Gegenzug den demokratischen Persilschein auszustellen. Es geht um die Anerkennung von real existierenden Unterschieden der Sozialcharaktere in Ost und West, die man durchaus als fundamental bezeichnen kann, wenn es um die Fortdauer des Autoritären, der Grundsubstanz des Rassismus, geht, deren Hauptagentur – man kann es nicht oft genug betonen – gerade im Sendegebiet des MDR „Linkspartei“ und nicht NPD heißt. Ohne die Zugrundelegung der spezifischen Gründe für die Stärke der Nazis und die grassierende Fremdenfeindlichkeit im Osten kann eine Bekämpfung von beidem nur ineffizient sein. Zur Voraussetzung einer solchen Zäsur zählte auch die Beendigung der Antifa-Einheitsfront mit der Partei der Ostalgiker und deren Vorfelddorganisationen wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Dass mancherorts ein zartes Antifa-Pflänzchen der Erkenntnis blüht, man habe es schon seit geraumer Zeit bei der Ostalgie bekennender Zonis und der Reichsnostalgie bekennender Nazis nicht mehr mit gewalttätigen anachronistischen Trauergemeinden wie noch in den 1990ern zu tun, sondern längst mit Anhängern eines geschlossenen aggressiven Weltbildes, das im direkten Vergleich beider miteinander nahe-

zu identisch ist, bekräftigt die These dieser wenigen Stimmen der Vernunft, dass es mittlerweile im Osten flächendeckend betrachtet nicht besser, sondern schlimmer geworden ist und die gemeinsamen ideologischen Reihen von Nazis, Ostlern und Linken geschlossener denn je gehalten werden.

Spätestens seit dem Oktober 2009 steht fest, dass die Leipziger von der INEX inklusive all derer, die gerne zu ihrer Demonstration kamen, keine möglichen Bündnispartner gegen sich verfinsternde ostzonale Zustände mehr sein wollen, denn sie haben de facto den ideologischen Schulterchluss mit den Zonis und ihren Freunden vollzogen, in dem sie die linke DDR gegen ihre antitotalitären Kritiker genauso in Schutz nehmen (müssen), wie die Verachtung der parlamentarischen Demokratie sie von der Mehrheit der Zonis kaum mehr unterscheidbar macht. Wer hätte noch vor geraumer Zeit gedacht, dass man mit dem pro-deutschen Allensbach-Institut mehr gemeinsam hat als mit vermeintlichen Deutschland-Kritikern. Mit den ersten zumindest kann man sich in einer Sache einig wissen, von der man einst dachte, sie wäre eine felsenfeste Grundlage jeder Kritik an Deutschland auch im antinationalen Leipzig: „Es ist die zentrale Aufgabe der politischen Bildung, den Unterschied zwischen Rechtsstaatlichkeit und Willkür zu vermitteln.“

**SÖREN PÜNJRER**

## „DER MOB STAND KURZ DAVOR, UNS ZU LYNCHEN“

*Ende des letzten Jahres jährte sich zum 20. Mal die sogenannte „Wende“. Die öffentlich-rechtlichen Kanäle zeigten in gefühlter Endlosschleife schlecht gekleidete Ostler, die die Berliner Mauer erklimmen, die wegen des sogenannten Begrüßungsgeldes über Fulda, Helmstedt und Lübeck herfielen, sowie die nicht mehr zu ertragenden Szenen, in denen sich wildfremde Menschen küsst, nur um sich wenig später umso mehr zu hassen. Was in der medialen Berichterstattung weitgehend unbeachtet blieb, war der „etwas andere“ Umgang mit der „Wende“. Wir sprachen mit Marco Kulpke, der in den letzten Jahren der DDR zur Punkszene gehörte und sich während der Umbruchszeit in diversen Organisationen und Initiativen in Halle engagierte.*

**Mal ehrlich: War das Leben als Punk in der DDR nicht wesentlich spannender als das heutige Abhängen der einschlägigen Protagonisten vor Supermärkten und in gepflegten Parkanlagen? Wie muss man sich das Leben als Punk in der DDR vorstellen?**

Also mal ehrlich: Ich halte nicht viel von der immer wieder neu artikulierten „Erkenntnis“, dass früher alles besser war. Es gab auch im Osten Leute, die vor Supermärkten herum hingen, die hießen nur damals Kaufhallen. Schnorren wäre auch nicht so gut angekommen. Ich nehme an, spätestens nach fünf Minuten wäre der ABV<sup>1</sup> aufgetaucht und hätte dafür gesorgt, dass das öffentliche Bild dann wieder stimmt, weil es dort keine Bettler oder andere auffällige Personen geben durfte. Auch das „gesunde Volksempfinden“ war darauf geeicht, alles, was in irgendeiner Form anders war, verbal mit Vernichtungsphantasien zu überziehen. So gab es natürlich nicht nur ständige Pöbeleien und tätliche Angriffe auf die wenigen sichtbaren Migranten, sondern auch gegenüber Punks oder Leuten aus anderen Jugendkulturen. Ich weiß nicht, wie oft ich in dieser Zeit den Spruch gehört habe, dass so was wie ich eigentlich vergast werden müsste, und dass dies wiederum „bei Adolf“ auch ganz sicher passiert wäre. Der Alltag in der DDR war also weit von antifaschistischen oder emanzipativen Standards entfernt. Es fällt wahrscheinlich auf, dass ich die DDR nicht als das verlorene Paradies ansehe. Aber dadurch, dass der Alltag in so vielen Bereichen reglementiert war und sich so wenige Leute unter dem Begriff Freiheit überhaupt irgendetwas vorstellen konnten, war es wiederum relativ leicht, sich sehr politisch und unangepasst zu fühlen, ohne viel dafür tun zu müssen. Allerdings war das auch nicht immer nur witzig, auch wenn es mit dem Abstand von mehr als 20 Jahren oft so klingt. Aber so wie für mich, war es auch für sehr viele andere Leute aus der Punkszene eine prägende Erfahrung, ein oder mehrere DDR-Gefängnisse von innen sehen zu dürfen. Dort zeigte die DDR wohl ihre hässlichste und deutscheste Seite.

**Was meinst du mit „deutscheste Seite“?**

Ich selbst hatte das zweifelhafte Glück, unter anderen den Jugendknast in Dessau kennen zu lernen. Dort herrschten Zustände, die man sich von draußen nicht vorstellen konnte. Es war ja nicht nur so, dass unzählige Kinder, teilweise erst 14 Jahre alt,

und Jugendliche für lächerliche Delikte völlig überzogene Haftstrafen bekommen haben. Sie wurden dann auch noch psychisch und physisch gequält – das Ziel war eindeutig, die Leute, die aus unterschiedlichsten Motiven, denn nur ein Bruchteil davon war politisch, normabweichendes Verhalten zeigten, zu brechen, und willenslos und gefügig zu machen. In Dessau gab es auf dem Innenhof, auf dem regelmäßig endlose Exerzierübungen stattfanden, in ca. zwei Meter großen Buchstaben einen Spruch, der das Anliegen ganz gut auf den Punkt brachte: „Was Du nicht weißt, lernst Du, wenn Du lernst, helfen wir Dir, wenn Du nicht willst, zwingen wir Dich.“ Es gab auch noch andere, nicht ganz so präzise, aber genauso blöde Sprüche, die mir in Erinnerung geblieben sind, wie: „Erfolg haben ist Pflicht.“ Diesen Zynismus meine ich, wenn ich von der deutschesten Seite spreche. Ich würde all denen, die sich nach der DDR und der „Wärme“ und „Solidarität“, die dort angeblich den Alltag bestimmten, sehnen, wünschen, mal ein paar Wochen in einer solchen Anstalt oder auch in einem Jugendwerkhof zubringen zu dürfen. Ich nehme an, dass danach alle nostalgischen Gefühle für die DDR geheilt sein dürften.

Vielleicht ist es ja auch anders herum. Möglicherweise machen gerade der Autoritarismus und die Unterordnung das aus, was viele an der DDR so faszinierend finden. Aber unabhängig davon, wie hat denn die Szene dann auf die weltpolitischen Ereignisse und die einsetzenden Demonstrationen sowie den daraufhin folgenden Zusammenbruch der DDR reagiert? Genauer: Du hast in unserem Gespräch erklärt, dass es teilweise eklatante Unterschiede zwischen einzelnen Städten in Bezug auf den Umgang mit den Massendemonstrationen gab. Warum und worin bestanden diese?

Naja, die Unterschiede bestanden natürlich schon darin, wie politisch die jeweilige Szene sich überhaupt selbst verstand und wie stark die Leute der staatlichen Repression ausgesetzt waren. Es gab Städte, in denen war die Szene eigentlich hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt und kümmerte sich kaum um andere Dinge. In anderen wurde spätestens seit Mitte der 1980er Jahre versucht, die Begrenztheit – zumindest im Denken – zu überwinden und sich für den Rest der Welt zu interessieren. Das war unter den Bedingungen der DDR nicht ganz einfach, weil es ja

**prodomo**  
zeitschrift in eigener sache

**#13 ab Ende Februar**

**Ralf Frodermann über SMS und Fortschritt | Jan Gerber über das ostdeutsche Elend | Jan Huiskens über ein Bekenntnis zur Demokratie | Richard Kempkens über anti-christliche Ressentiments | Tjark Kunstreich über "Israelkritik" und Antisemitismus | Philipp Lenhard über Vorläufer des Nazifaschismus | Niklaas Machunsky über Carl Schmitt als Theoretiker der Menschenrechte (Teil 2) | Horst Pankow über die Steuersünder-CD | Interview mit Ali Schirasi und weiteres**

Online lesen unter:

<http://www.prodomo-online.tk>

Kopierte Ausgabe für 4 € inkl. Porto bestellen:  
Prodomo e.V., Postfach 301022, 50780 Köln  
[redaktionprodomo@yahoo.com](mailto:redaktionprodomo@yahoo.com)

kaum Einflüsse von Außen gab. Insofern waren die politischen Ideen doch sehr naiv. Es gab aber trotzdem schon recht ernsthafte Auseinandersetzungen mit der Frage von Wehrdienstverweigerung oder der entstehenden Naziszene im Osten. Klar wurde dann seit Gorbatschow auch sehr interessiert aufgenommen, was sich in der Sowjetunion entwickelte. Und es gab auch Interesse an anderen Themen, z.B. der Situation in Südafrika usw. Aber wie gesagt, die spärlichen Informationen boten kaum die Möglichkeit, sich tiefere politische Gedanken zu machen. Dazu kommt, dass die meisten Leute damals ja so zwischen 14 und 20 Jahren waren, also nicht unbedingt eine Zeit, in der das Nachdenken über Politik sehr stark reflektiert wurde. In der Situation des Zusammenbruchs der DDR war es aber zumindest in Halle und Leipzig so, dass die Leute aus der Punkszene sehr stark in die Ereignisse involviert waren. So waren bei den ersten „größeren“ Demos in Leipzig, an denen so 200 bis 300 Menschen teilnahmen, auch zahlreiche Punks und Leute aus anderen Szenen vertreten. Ironischerweise mussten sich dieselben Leute teilweise ja dann ein paar Wochen später von den Zonen-Revolutionären durch die Stadt jagen lassen.

**Auch in Halle entwickelten sich, wie du gerade erwähnt hast, die Demonstrationen schon bald in nationalistisch-völkische Manifestationen, die retrospektiv betrachtet schon früh einen Vorschein auf die sich Anfang der 1990er entwickelnden Pogrome lieferten. Wie muss man sich die internen Diskussionen um die sich offenkundig entwickelnde Diskrepanz zwischen Erhofftem und dem, wie sich die Realität darstellte, vorstellen?**

In Halle waren diese Tendenzen genauso schnell zu spüren wie in anderen Städten auch. Aber im Gegensatz zu Leipzig z.B., kam es in Halle nicht zu tätlichen Auseinandersetzungen. Zumindest nicht im direkten Umfeld der Demos und Kundgebungen. Die Stimmung wurde trotzdem von Woche zu Woche feindlicher und aggressiver, aber es fehlte vielleicht im richtigen Moment dann doch der Funke, um die kochende Volksseele losprügeln zu lassen. Vielleicht waren auch die Kräfteverhältnisse unklarer als in Leipzig, wo sich ja sehr schnell organisierte Nazis aus der damaligen Bundesrepublik mit den neuen Anhängern aus dem Osten zusammaten und dort für die passende Stimmung sorgten. Unsere Reaktionen waren recht ambivalent. Einerseits waren wir über- rascht und erschrocken, wie schnell die vielen Möchtegern-Bürgerrechtler plötzlich von Deutschland, Helmut Kohl und dem ganzen Wahnsinn begeistert waren, und brauchten eine Weile, um damit umgehen zu können. Andererseits gab es eine schnelle Radikalisierung gegenüber diesen Entwicklungen und vor allem gegenüber den Versuchen der örtlichen Naziszene, sich zu strukturieren. Das sah dann einerseits so aus, dass wir in einer ziemlich großen Menge an den Montagsdemos teilnahmen, teilweise auch organisato-

rische Aufgaben übernahmen und Redebeiträge beisteuerten, dort aber sehr deutlich artikulierten, dass der ganze nationale Taumel und die Wiedervereinigung für uns nicht in Frage kommen. Dabei gab es einige Situationen, die ziemlich brenzlich waren, und in denen der Mob kurz davor stand, uns zu lynchen. Andererseits gab es ziemlich schnell mehr oder weniger organisierte Gegenwehr gegen die zunehmende Präsenz von Nazis in der Öffentlichkeit. Für intensive Diskussionen war damals aber wenig Zeit, zumindest haben wir uns diese Zeit viel zu selten genommen, vieles wurde intuitiv entschieden und über viele Aktionen wurde weniger nachgedacht als oftmals gut gewesen wäre.

**Die Anfangsjahre des vereinigten Deutschland werden ja von den Autonomen wegen der zunächst schwachen staatlichen Autorität bis heute häufig als „Jahre voller Möglichkeiten“ betrachtet; gleichzeitig war es insbesondere für Ausländer, aber auch für Linke, Schwule usw. teilweise lebensgefährlich, sich in der Öffentlichkeit aufzuhalten. Trotzdem entwickelte sich ja in Halle recht bald ein starkes antifaschistisches Milieu, in dem es Nazis über Jahre sehr schwer hatten, was ja leider nicht überall so war. Beispielsweise verfügte die Antifa in Halle als eine der ersten in der Ex-DDR über ein eigenes Büro mit Telefonanschluss. Wie lässt sich diese Entwicklung auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen während der Umbruchsphase erklären?**

Ja, das habe ich ja schon in der letzten Frage angerissen. So richtig erklären lässt sich das nicht, oder zumindest nicht ausreichend. Wichtig war, dass es schon vor dem Zusammenbruch der DDR bei einigen Leuten ein, wenn auch rudimentäres, politisches Verständnis von Punk gab. Auch die Auseinandersetzung mit Nazis wurde in Halle schon vorher recht entschlossen geführt. Es war also schnell klar, dass man sich gegen diese Idioten wehren muss, und dass es dabei auch Situationen geben kann, in denen dieses „sich wehren“ über die bloße Abwehr von Naziangriffen hinaus geht. Das hatte wiederum zur Folge, dass die Nazis das dann irgendwann auch geschnallt haben und einfach nicht so selbstbewusst auftraten wie in anderen Regionen. Und irgendwann hatten wir dann ziemlichen Zulauf von Leuten, die unter anderen Umständen vielleicht auch auf der anderen Seite hätten landen können. Das hat nicht unbedingt zu gesteigerten Diskussionsbedarf in der Szene geführt. Aber irgendwann war klar, in Halle sind die Nazis die Deppen und die Antifa hat die cooleren Typen. Ich sage das natürlich in dem Bewusstsein, dass das auch zu zahlreichen Problemen geführt hat, aber die Nazispinner hat es beeindruckt. Und ich traue mich immer noch zu behaupten, dass das eventuell einigen Leuten das Leben gerettet hat.

**Jenseits des Verprügelns von Nazis und des Verteidigens der eigenen „Projekte“, wie war in dieser Phase das Verhältnis der damaligen Punks und Antifas zur Politik? Oder besser ge-**

**fragt: Gab es mehr als diesen Minimalkonsens „gegen Nazis“?**

Das war ja gerade das Problem. Wie schon beschrieben, gab es viel zu wenig Diskussion über die Grenzen der Militanz oder auch über Perspektiven linker Politikansätze usw. Und natürlich war es so, dass die große Szene auch relativ schnell wieder zerfiel, als sich herausstellte, dass die Nazis zumindest im direkten Wohnumfeld kaum noch wahrnehmbar waren. Das Verhältnis zur Politik war eher von Aktionen wie beim Besuch von Helmut Kohl im Mai 1991<sup>2</sup> oder dem Verhauen von Walter Momper<sup>3</sup>, als er sich im „Objekt 5“

**... einer hallischen Szenelokalität ...**

als Schriftsteller in Szene setzen wollte, geprägt. Ernsthafte Auseinandersetzung mit linker Politik oder Verbindungen zu anderen Organisationen oder Städten gab es natürlich auch, aber die entwickelten sich eher, nachdem die „große Zeit“ vorbei war. In den Jahren bis ca. 1995 waren solche Verbindungen sehr stark von persönlichen Kontakten abhängig.

**Aus heutiger Sicht: Wie würdest du den damaligen Umgang mit bzw. die Beteiligung an der sogenannten Bürgerrechtsbewegung beurteilen?**

Es hat uns als spätere Antifa sicher in einigen Situationen genützt, weil wir dadurch tatsächlich gute organisatorische Bedingungen hatten und es gab sicherlich auch einige Personen in diesem Spektrum, die ein Bewusstsein für die Probleme in der Wendezeit hatten, und die die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen ernst meinten. Die Mehrheit hatte aber aufgehört zu denken und sich im Revolutions- taumel verloren. Viele der Bürgerrechtler entpuppten sich sukzessive als durchgeknallte Antikommunisten. Und natürlich kam es dadurch auch schnell zu recht haarigen Diskussionen und unangenehmen Situationen. Es war schnell klar, dass viele der Typen die Wendezeit nur als Möglichkeit nutzten, um Karriere in der Politik machen zu können. Rückblickend hätte ich sicher mit der Zeit in verschiedenen Gremien und Diskussionsrunden etwas Besseres anfangen können. Gleichzeitig war es aber auch sehr lehrreich und informativ. Meine Vorstellungen von Demokratie wurden damals jedenfalls ziemlich stark erschüttert. Ich würde aber sagen, dass wir uns in dieser schrägen Zeit ganz gut gehalten haben. Wir haben versucht, so was wie emanzipative Vorstellungen von Gesellschaft auch ernst zu nehmen, auch wenn wir selbst in vielen Punkten unglaublich naiv und blauäugig waren.

**Anmerkungen:**

- 1 Abschnittsbevollmächtigter.
- 2 Bekannt geworden durch den „Eierwurf“ des damaligen hallischen Juso-Vorsitzenden und Helmut Kohls Versuche, den Täter eigenhändig zu stellen.
- 3 Ehemaliger Regierender Bürgermeister der SPD in Berlin.

# ZUM GEGENSTAND ANTIDEUTSCHER KRITIK. ODER: WAS IST DEUTSCH? (TEIL 2)

Fortsetzung des Artikels aus *Bonjour Tristesse* #8 (2/2009).

## Das post-nazistische Deutschland

Zwar wurde Nazideutschland militärisch besiegt, doch die Nachkriegsordnung der Bundesrepublik ist keineswegs Resultat einer „Stunde Null“, sondern bewegt sich ganz und gar auf den Resultaten des Nationalsozialismus.

Zunächst psychologisch: Dass jene Massenpanik nach dem Sieg der Alliierten ausblieb, wie sie Sigmund Freud für das Zerbrechen kollektiver Identitäten diagnostizierte, lässt für Theodor W. Adorno, „nur eine Folgerung offen: dass insgeheim, unbewusst schwelend und darum besonders mächtig, jene Identifikationen und der kollektive Narzissismus gar nicht zerstört wurden, sondern fortbestehen“.

Ökonomisch: Das Wirtschaftswunder basierte hauptsächlich auf einer von den Westalliierten finanzierten Allianz von Vollbeschäftigung und Massenkonsum, was letztlich den wahnwitzigen Schluss zuließ, dass der Vernichtung nicht etwa Strafe, sondern Belohnung folgte. Das Kapital erscheint hierdurch als schon immer gewünschtes krisenfreies, produktives und der Allgemeinheit verpflichtetes Unterfangen, als überdimensionierte Volksfürsorge. Wohl gemerkt sind dies genau jene Vorstellungen, die den Vernichtungswahn im Nationalsozialismus anstachelten.

Jedoch ist diese Nachkriegsordnung nicht einfach eine Kopie des Nazifaschismus. Die Nazis mobilisierten die Massen noch unmittelbar. Jetzt scheint die Gemeinschaft in die Totalität von Waren und Dienstleistungen gebannt. Der Genuss des Gemeinschaftsgefühls bedarf keiner KdF-Fahrten und Massenaufläufe mehr, sondern findet faktisch im Privaten statt und ist über die Zirkulation vermittelt. Am VW-Käfer interessierte nicht primär der Gebrauchswert, er wurde nicht in erster Linie als ein nützlicher Gegenstand betrachtet, mit dem man von A nach B gelangen kann. Sein Besitz stiftete vielmehr das Gefühl, der nationalen Gemeinschaft anzugehören. Der vergemeinschaftende Effekt bestimmt das Bedürfnis der Konsumenten und wird zum entscheidenden Merkmal des Produktes. Dass der Massenvernichtung Wohlstand folgte, schlägt sich somit im Bewusstsein der Massen nieder.

Dieses Massenbewusstsein verstärkt sich durch die Art und Weise, wie der kollektivistische Etatismus der Nazis demokratisch weiterbewirtschaftet wird. Der post-nazistische Staat installiert zur Verhinderung der scheinbar gebannten Krise ein System aktiver Krisenprävention, welches als System der „sozialen Marktwirtschaft“ bekannt wurde. Das Prinzip Volksgemeinschaft wird auf Sparflamme und als Notstandsreserve weitergeführt. Der „kleine Mann“ wird hofiert, indem Gemeinwohlorientierung und der durch den Sozi-

alpakit umzusetzende Interessenausgleich propagiert werden und sich das politische Personal als „ehrlicher Makler“ präsentiert. Der NSDAP-Programmpunkt „Gemeinwohl geht vor Eigennutz“ spiegelt sich im Grundgesetz Artikel 14 („Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“) wieder.

Der bundesdeutsche Staat beendet die nationalsozialistische Mobilmachung nicht, sondern konserviert diese für den Fall des Notstandes. Was in Konsum gesättigter Apathie still gestellt scheint, ist jederzeit auf dem Sprung, in panische Raserei umzuschlagen. Das Ende des so genannten Wirtschaftswunders zerstört die Annahme krisenfreier Akkumulation und der etatistischen Zählung des Kapitals. Und gerade das führt dazu, dass im allgemeinen Bewusstsein die Krise nach altbewährtem Muster wahrgenommen wird. Der Antisemitismus ist öffentlich tabuiert und kann nur als Hass auf Israel, Amerika und auf vermeintliche „Gemeinschaftsschädlinge“ ungeniert verlautbart werden. „Die da oben“ werden als egoistische Eliten wahrgenommen, die sich an den ehrlichen Leuten nur bereichern würden. Der empirische Staat erscheint in Zeiten des Abbaus sozialstaatlicher Garantien als Verrat am „wahren Staat“, der sich wie im Nationalsozialismus um die Sorgen der Volksgenossen kümmert. Vermeintlicher Egoismus, Unproduktivität und korrupte Politiker lassen den Ruf nach dem „starken Mann“, der mal so richtig aufräumt, immer mal wieder laut werden.

Die unentwegte Suche nach Feindbildern hat längst die Form einer Dauermobilisierung des Volkszorns angenommen, bei der die Medien als Mobilisierungsagenturen fungieren. Wer in den Verdacht gerät, dem Gemeinwohl zu schaden, gerät ins Visier der Verfolgungswilligen. Es kann jeden treffen und prinzipiell ist jeder verdächtig, seien es „Kinderschänder“, Kampfhunde, „Sozialschmarotzer“, „Heuschrecken“, Manager, „zockende Banker“ und selbst Stiefel-Nazis. Parlament, Verbände, Parteien und Gewerkschaften sind als vermittelnde Instanzen, die Konflikte institutionalisieren und damit den Volkswillen zügeln, in besonderem Maße verdächtig. Obwohl doch gerade die Volksvertreter bemüht sind, dem Willen des Volkes Rechnung zu tragen, zum Beispiel durch ein verschärftes Sexualstrafrecht und Erlasse zu Kampfhunden.

Der Staat wandelt sich von einer kollektiven Wohlfahrtsagentur in einen schlanken Staat, wobei die scheinbare Selbstzurücknahme seine Erweiterung bedeutet: das staatliche Gewaltmonopol erscheint als allgemeine Mobilmachung in jedem Einzelnen zur Sicherung des Gemeinwohls. „Eigenverantwortung“, „Selbstverwaltung“ und „direkte Demokratie“ sind dafür die

Stichworte, die die Linke als Steilvorlage der Modernisierung des Postnazismus geliefert hat. Dies bedeutet die vorläufige Privatisierung des Ressentiments, das auf Sparflamme bleibt, aber jeder Zeit in den Bewegungszustand überzugehen droht, um als temporäre Zusammenrottung aufzutreten – nämlich dann, wenn sich die Rhetorik des latenten Notstandes radikalisiert und das Kollektiv sich gegen Störer der Ordnung in Stellung bringt.

## Der Islam als zeitgemäßer Ausdruck deutscher Ideologie

„Alles Sein ist zum Tode“. Diese Konsequenz der Heideggerschen Philosophie ist Inbegriff der nationalsozialistischen Bewegung und steht für die bedingungslose Opferung des eigenen Lebens für die im kollektiven Wahn zusammengeschweißte deutsche Volksgemeinschaft. Der Islam ist das Abziehbild jener Todessehnsucht, die dem Nazifaschismus zu Eigen war und die beide bereits zu Zeiten des deutschen Vernichtungsfeldzuges einte.

Man muss keinesfalls nur die persönlichen Verhandelungen früherer Dschihadisten mit dem Nationalsozialismus nachzeichnen – etwa des Muftis von Jerusalem Amin El-Husseini – um das inige Verhältnis von Islam und Nationalsozialismus nachzuweisen. Deutschland war zunächst dem arabischen Nationalismus Vorbild für eine Modernisierung, die sich lediglich der regressiven und repressiven Elemente der bürgerlichen Gesellschaft bediente, ohne jedoch den Umweg einer bürgerlichen Revolution zu beschreiten. Ein den klassischen bürgerlichen Gesellschaften des Westens inhärenter Prozess der Säkularisierung und der Schaffung formaler Rechtsgleichheit fand nicht statt. Umgekehrt diente der Orient dem deutschen Bewusstsein immer wieder als Folie für traditionelle Bezüge auf Gemeinschaft und Kollektiv, als erfolgreiches Bollwerk gegen Verwestlichung und Egoismus mittels kultureller Identität und Glauben. In Sachen Todeskult, Vernichtungseifer und radikalem Judenhass wurde schließlich das grün-braune Band der Sympathie geknüpft.

Die Wurzeln der islamischen Erweckungsbewegung reichen in die 1920er Jahre zurück, als in Ägypten die Moslembruderschaft entstand. Ihre Gründer sahen sich dazu berufen, den Islam vor der Verdorbenheit des Westens zu schützen. Es galt die Gemeinschaft vor zersetzenden Kräften zu verteidigen, die im Materialismus der Juden personifiziert wurden. Die Konkurrenz von arabischem Nationalismus und islamischer Glaubensgemeinschaft verschwand hinter einer alle Fraktionen einigenden Feinderklärung in Form eines militanten Antisemitismus und der damit einhergehenden Begeisterung für den Nationalsozialismus schon vor Hitlers Machtübernahme.

Der volksgemeinschaftliche Charakter manifestiert sich bis heute in der Einheit von Religion, politischem System und Scharia, die eine Trennung von Öffentlich-

keit und Privatsphäre verunmöglicht. Die Allgegenwärtigkeit des Islam – die bewusste Selbstaufgabe und Einordnung des Einzelnen ins repressive Kollektiv der Umma, der islamischen Glaubensgemeinschaft – befeuert die beständige Vernichtungsandrohung gegen all jene, die als Ungläubige nicht dazugehören und denen man gleichzeitig die Schuld an den Übeln der Welt zuschreibt. Dazu zählen auch die Unzulänglichkeiten einer wenig auf Reproduktion angelegten Ökonomie, die sich trotz teilweiser Modernisierungsschübe – ohne eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse mittels der Stiftung der Einzelnen als Marktsubjekte – mit einem Schattendasein innerhalb der kapitalistischen Wertvergesellschaftung zufrieden geben muss. Die ökonomische Rückständigkeit erschwert die Legitimation des Anspruchs, sich als Herrenmensch über den Rest der Welt aufschwingen zu wollen. Daher muss die Vorstellung, Opfer einer Verschwörung geheimer Zirkel zu sein, immer wahnhaftere Züge annehmen.

Die Islam-Kämpfer fühlen sich als Vertreter einer überlegenen Kultur, die jedoch beständig gedemütigt werde und somit die ihr gebührende Position in der Welt nicht einnehmen könne. Dieser angeblichen Demütigung und Respektlosigkeit durch die Ungläubigen setzen die Dschihadisten eine Dauermobilisierung entgegen, die von einer Endsiegmentalität geprägt ist und die nicht davor zurückschreckt, alles in Schutt und Asche zu legen und letztendlich das Selbstopfer zu preisen. Hintergrund dieser Mobilisierung ist die Feindschaft gegen Freiheit und Genuss, die Verewigung der gegen jede Form von Zivilisation und Individualität ausgerichteten Gemeinschaft, die doch nichts anderes bereithält als selbstverwaltetes Elend.

Die einzelnen, sich zum Teil bekämpfenden Fraktionen der Islamnazis, deren Kitt die Feindschaft gegen die Juden, Israel und ganz allgemein gegen den Westen ist, beziehen sich ausdrücklich nicht auf einen speziellen Staat oder (weltlichen) Führer. Vielmehr setzt man auf viele regionale Vernichtungsaktionen, die unabhängig voneinander geplant und ausgeführt wer-

den. Die Banden rekrutieren bereitwillige Märtyrer und konkurrieren darum, wer das Ziel der Vernichtung am erfolgreichsten umsetzt.

Hatte Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein gewaltiges industrielles Potential, auf dessen Grundlage eine Massenbewegung, die im Staat aufging, möglich war, so kann davon für die arabischen Staaten, den Iran und andere islamische Länder nicht die Rede sein. Deren Entwicklungsstand ist sehr heterogen: einerseits Staaten, die mittels hoher Ölfrenten Betonparadiese in die Wüsten setzen und neben denen andererseits Staaten existieren, deren Bevölkerung kaum die materielle Grundversorgung genießt.

Da die direkte Verfügung der Dschihadisten über ein staatliches Gewaltmonopol mit angeschlossenem ökonomischen Potenzial die Ausnahme ist, um die Bevölkerung wie im Nationalsozialismus zur Massenbewegung zu formieren, findet mittels des Selbstmordattentäters die „Privatisierung staatlicher Vernichtungsaktionen“ (Gerhard Scheit) statt. Das suicide bombing ist dergestalt eine moderne Form politischer Gewaltausübung, da die Selbstmordattentäter ohne das für den Nationalsozialismus typische Staatssubjekt zur Tat schreiten und dieses auch gar nicht mehr benötigen. Unstaat, Zerfall und Chaos treten hier weit offener zu Tage als beim deutschen Original. Der Anspruch auf eine einheitliche politische Form entfällt und wird nicht einmal als Anspruch formuliert; die imaginierte Umma ist nicht mehr als schattenhafte Vision. Der für den Nationalsozialismus charakteristische allumfassende (Un-)Staat wird durch Organisationen wie etwa die Hamas ersetzt, die neben der Vernichtung mittels einer Vielzahl von Wohlfahrtsaktivitäten die Gefolgschaft der Bevölkerung sichern und eine privatisierte Elendsselbstverwaltung organisieren. Gleich dem Nationalsozialismus ist der Islam Vorreiter einer regressiven Tendenz der kapitalistischen Vergesellschaftung, die noch den letzten Rest an freiheitlichem Potenzial der bürgerlichen Gesellschaft kassieren will.

MARIO MÖLLER

## The same procedure

... as every day.

### Wahnsinn, Kuriositäten und Erfreuliches aus der Provinz.

#### » SHAME ON US

Nachdem es der regionalen Antifa nicht gelungen ist, am 7. November in Halle-Neustadt einen Naziaufmarsch wirksam zu behindern, begaben sich einige der Antifaschisten auf die Suche nach den Schuldigen: Nicht nur ein übertrieben großer Polizeieinsatz und die Verlagerung der Kameraden in einen etwas außerhalb liegenden Stadtteil waren maßgeblich für das Scheitern, sondern die Antideutschen wären, so wurde einhellig in den Kommentarspalten des linken Internetportals „Indymedia“ erörtert, der Grund dafür, dass kaum auswärtige, also Ganztagsantifas den Weg nach Halle fanden. Jemand mit dem Namen „Teilnehmer“ befindet dort nämlich: „Mit eurer Arroganz und eurem Israelfetischismus habt ihr doch schon lange alle autonomen Antifaschisten, die noch einen Naziaufmarsch verhindern können und wollen, vergraut.“ (In allen Zitaten wurden zugunsten einer besseren Lesbarkeit die Rechtschreibfehler behoben und Substantive entgendert.) Deswegen käme keiner mehr nach Halle. Doch einen Ausweg bietet „Teilnehmer“ dennoch: „Denkt mal drüber nach – vielleicht klappt es dann beim nächsten Mal.“ Auch ein weiterer „Indymedia“-User mit dem Namen „Auswärtiger“ sieht die „verblendeten Antideutschen“ als den Grund für das Fernbleiben von Antifa-Aktivist:innen aus dem Umland an. Und auch er geizt nicht mit sicherlich gut gemeinten Ratschlägen: „Kommt mal wieder klar und lasst die Nationalfahnen zuhause, dann kommen auch mehr Leute!“ So einfach ist das nämlich. Die „verblendeten Antideutschen“ müssen ganz einfach wieder „klar kommen“ und alles weitere regelt sich dann von allein. Jemand anderes, der als „100%“ schreibt, scheint sich bestens mit den Strukturen der Antideutschen auszukennen. Ihre Aktivitäten sind nämlich: „sich treffen, eine Runde durch die City ziehen, was von ‚antinationale‘ schwafeln und Nationalfahnen schwenken. Hinterher dann einen Text rausbringen, was für dieses Spektrum antinational ist, um die Nationalfahnen zu rechtfertigen und dann wieder nach Hause fahren.“ Solange die „Zustände in Halle“ nicht verbessert würden, so merkt er in bockigem Brustton an, werde er nicht mehr nach Halle oder in andere Orte fahren, „wo israelsolidarische bzw. antideutsche Antifas dominierend sind und sich als was Besseres darstellen. Wenn wir, die antinationale Linke, doch so antisemitisch und scheiße sind, dann macht doch euren Scheiß allein.“ Dies ist genauso schadenfroh gemeint, wie es klingt. Denn weiter: „Gestern habt ihr zumindest gesehen, was ihr davon habt!“ Wenn man sich schon von Antideutschen verfolgt fühlt, muss sich das offenbar auch im Namen widerspiegeln, den man sich beim Kommentieren gibt. „So called antisemit“ nämlich fühlt sich von den hallischen, „vollkommen verblendeten Antideutschen, die jeder Beschreibung spotten“, belästigt, die sich „die allergrößte Mühe [geben] von sämtlichen autonomen Antifagruppen in der Umgebung gehasst zu werden“, womit er wohl zuallererst sich selbst meint. Denn nun geht es mit ihm durch: „Und wenn sie merken, dass sie nur Scheiße erzählen und die Argumente immer mehr zurechtgewirgt werden müssen, dann ist das Gegenüber eben Antisemit – das kennen wir ja schon.“ Die Leute, die wirklich was „reißen, haben einfach die Schnauze voll von den Hallenser Spinnern mit ihrem verschissenen Nationalwahn“. Haben wir da richtig gelesen? „Ja, ihr habt richtig gelesen, Nationalwahn!“ Wirklich großartig wird der Beitrag aber erst am Schluss: „Für euch muss man sich echt schämen!“ Doch nicht alle sind so anti-antideutsch wie die

**BAHAMAS**  
Nr. 58 Herbst 2009

### Iran: die Freiheit, die wir meinen

Über Drahtzieher im Dresdner Kopftuchmord ● Die Piraten Somalias ● Monologe im interreligiösen Dialog ● Kritik des „neuen Atheismus“ ● Die orientalische Despotie und der Überschuss der Lust ● Rasse und Individuum und die Seele des Menschen im Sozialismus ● Agamben und die Relativierung des Holocaust ● Zur negativen Aufhebung des Gegensatzes von Kunst und Politik ● Die Selbstvernichtung des Theaters in Halle ● Linke Weltflucht und Todesverfallenheit ● Iran: Antiimperialismus und Friedenssehnsucht ● Iran: Sachzwänge der Revolution ● Iran: was liegen geblieben ist u.a.m.

5 EUR (Briefmarken): BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin  
Tel.: 030 / 6236944 und redaktion@redaktion-bahamas.org  
www.redaktion-bahamas.org

hier genannten. Ja, es gibt sie noch die Differenzierer, wie etwa „Taktiker“, der „nicht wegen der ‚Antideutschen Gruppen‘ (Bäh ... pfui, pfui, pfui) da hin gefahren [ist], sondern um gegen die Nazis zu kämpfen!“ Oder „Abc“, der den Weg der goldenen Mitte begehrt: „Na ja, ob Antideutsch oder Antitimp, ich denke, ihr habt alle ‚nen Schaden, eure Meinung auf eine begrenzte Definition herunterzubrechen, anstatt euren Denkprozess ständig neu zu hinterfragen.“ Doch auch „so called antisemit“ gibt den Antideutschen noch etwas mit auf den Weg: „Überdenkt einfach euer Selbstverständnis und eure angepasste Lebenseinstellung“. Vielen Dank dafür! (are)

#### » AGENDA CORAX

Radio Corax, das freie Provinzradio in Halle ist ein durchaus hörenswerter Sender, wenn man nicht, wie bei den regionalen Dudelfunkstationen „Sputnik“ oder „Jump“ üblich, die Charts hoch und runter hören möchte. Zusätzlich hat der Sender noch den Anspruch, politische Inhalte zu transportieren und zu diskutieren. Dass bei diesem „Transport“ und dem „Diskurs“ dabei regelmäßig der letzte Müll über den Äther verbreitet wird, ist dabei kein Zufall, sondern notwendige Folge eines sich links verstehenden „Medienprojektes“. Noch der übelste Schund, seien es die obakuren Mordthesen im Fall Oury Jalloh, seien es Gesundheitsmagazine über Fußpilz, die nur unter dem Einfluss von LSD erträglich sind, oder die gefühlt zweistündlich laufenden Bio-Öko-Umweltmagazine, die nur so vor ideologischem Schrott strotzen. Soweit, so normal für Freie Radios. Doch Radio Corax bietet nicht nur Durchschnittskost: Vor einiger Zeit glänzten die diskursfreundigen Sendungsmacher, indem sie einem ausgemachten Antisemiten wie Norman Paech ein Forum für seine widerliche Hetze gegen Israel boten. Nur noch einmal zur Erinnerung: Norman Paech war außenpolitischer Sprecher der Linken und bezeichnete damals die von der Hamas auf Israel abgefeuerten Sprengkörper als „Silvesterraketen“. Und das war noch einer der harmlosesten Kommentare eines Mannes, der keine Möglichkeit auslässt, den Staat der Holocaustüberlebenden zu delegitimieren. Leute mit ähnlich braunroter Gesinnung werden nicht nur zum Interview gebeten, sondern tummeln sich auch unter den Mitarbeitern des freien Senders. So ist es nicht verwunderlich, dass vor kurzem erneut ein Pamphlet gegen Israel über den Sender verbreitet wurde. Verantwortlich diesmal war ein Herr, der nicht nur geistig die besten Jahren hinter sich zu haben scheint und unter dem Pseudonym „Zachäus“

im Corax-Online-Forum die Rubrik „Politisches Feuilleton“ unterhält. Er bezeichnete Israel als „völlig überrüstete Atommacht“ und versuchte mit einem „historischen Exkurs“ den Staat als rassistischen Unrechtsstaat zu diffamieren. Die üblichen Verschwörungstheorien, Israel würde Kolateralschäden bei militärischen Einsätzen (was auch immer der Autor damit meint) vorher planen und zielgerichtet ausführen, rundeten diesen ressentimentgeladenen Essay ab. Jeder, der einen Begriff von Antisemitismus hat, sollte beim Lesen die Hutschnur hochgehen. Aber nicht den hallischen Radiologen. Denen geht „der Zirkus auf die Ketten, der absolut berechenbar von den vermeintlich unbedingten Kritiker\_innen und/oder Unterstützer\_innen Israels losgeht“ (Zitat Geschäftsführer und Administrator des Online-Forums). Andere alteingesessene Radiomacher bezeichnen im Forum Unterstützer Israels als Rassistin. Die offensichtliche Arbeitsteilung gibt einen guten Einblick in die bestehenden Verhältnisse des Senders. Judenfresser „Zachäus“ schreibt einen antisemitischen Text, der Geschäftsführer findet Kritik daran nervig, und der hauseigene Schmachtlappen kommt mit einem Rassismuskorrekturen, um von der Kritik des Pamphlets abzulenken. Mit der Propaganda gegen Israel, dem Zusammenstehen gegen äußere Feinde, ist man sich paradoxerweise jedoch genau mit denen einig, die qua Satzung des Radios keinen Schritt in die sendungsbewusste Gemeinschaft der Guten vom Unterberg 8 setzen dürften: Den Jungs und Mädels von der NPD. (flp)

#### » HANDELN UND SENDEN

Gesellschaftliche Entwicklungen lassen sich lönend anhand des Fernseh- oder Hörfunkprogramms analysieren. Wenn es noch einen Beweis der Existenz eines speziell ostdeutschen Sozialcharakters bedurft hätte, wäre der hohe Beliebtheitsgrad des „Mitteldeutschen Rundfunks“ (MDR) samt den dahinter schmorenden Bedürfnissen ein nützliches Studienobjekt. Während der MDR so manchem noch den letzten Grund liefert, der von Stumpfsinn, Lethargie und ostentativer Dummheit beherrschten Region zu entfliehen – und dieser Weggang nicht zu Unrecht vielen die Hoffnung gibt, in Berlin, Hamburg, gar Gießen oder Münster auf ein menschenwürdiges Ambiente des eigenen Ausverkaufs zu treffen –, bietet sich das tägliche Programm jener übergroßen Bevölkerungsmehrheit als Andockstelle eines heimeligen Gefühls an: dem Lokalpatriotismus. Denn außerhalb von Welt- oder Europameisterschaften im Fußball hat sich das offene Bekenntnis zum

NS-Nachfolgestaat nach wie vor nicht vollends durchgesetzt. Der Lokalpatriotismus gilt hingegen als unverdächtig; das Bekenntnis zur jeweiligen Region ist partei- und klassenübergreifend Konsens. Der MDR ist insofern Wegbereiter und Lautsprecher ostdeutschen Volkstums zugleich. Doch genau dieser MDR, oder genauer: „Radio-Sachsen-Anhalt“ zog die Wut der allerschlimmsten Sorte Lokalpatrioten, der Fußballfans, auf sich. Und das kam so: Während der Live-Übertragung eines Spiels des Regionalligisten „Halle-scher FC“ blieb ein Reporter auch nach Beendigung der offiziellen Übertragung On-Air und posaunte aus, was ohnehin jeder weiß, aber ausgesprochen zum Skandal erwächst. Angesichts der an diesem Spieltag die Absperrungen durchbrechenden HFC-Anhänger, die nur durch massives Eingreifen der Polizei davon abgehalten werden konnten, die Fankurve des siegreichen „VFC Plauen“ zu erstürmen – dabei und bei der über halbstündigen Randalen wurden 18 Beamte verletzt –, bezeichnete der sich lediglich im Kollegenkreis wählende Reporter Frank Martin die Täter als „Assis, Hartz-IV-Empfänger und Rechtsradikale“. Kurz darauf – und wer einmal Gast im hallischen Stadion war weiß, was der Moderator vor Augen hatte – wiederholte er witzelnd die Aufzählung und schloss sein Statement mit der durchaus treffenden Bemerkung, dass „man (...) sie eigentlich alle in einen Topf werfen“ könne. Der darauf hereinbrechende Proteststurm, die dutzenden Anrufe beim MDR, die wutentbrannten E-Mails und zahlreichen Beiträge in Internetforen forderten den Kopf des Moderators: „Der sollte seinen Hut nehmen und zwar ein bisschen plötzlich!“ Andere wollten in den Worten Frank Martins eine Analogie zu früheren antisemitischen Ausschreitungen der HFC-Fankurve erkennen: „Ich sehe in der Aussage des Reporters keinen all zu großen Unterschied zu den damaligen ‚Juden-Jena‘-Rufen.“ Die Forderungen nach Entlassung, Galgen und Mikrofonverbot vermischten sich schon bald mit einer kaum verhohlenen Schadenfreude über die mit Recht zu erwartenden Konsequenzen für den Radiomann: Er „wird sich wohl bald in die Liga der ‚Hartz-IV-Empfänger und Rechtsradikalen‘ einreihen dürfen.“ Der MDR, seiner Abhängigkeit vom Pöbel durchaus bewusst, reagierte so, wie es von einem Lautsprecher des Volkes erwartet werden durfte: Frank Martin wurde suspendiert und MDR-„Wellenchef“ Winfried Bettecken besänftigte mit dem Vokabular einer Grabrede den Volksmob. Der Vorfall sei „erschütternd“ und „unfassbar“. Ein solches Verhalten sei „nicht hinnehmbar“ und „wir sind gleichermaßen fassungslos“. Denn: „Täglich stellen wir mit all unserem Handeln und Senden unter Beweis, dass wir die Sorgen und Hoffnungen aller Menschen in Sachsen-Anhalt mit Fürsorge thematisieren.“ Eine Sendeanstalt, die mit all ihrem „Handeln und Senden“ als Fürsorgeanstalt für sich gedemütigt fühlende Ostler auftritt: Das gibt es tatsächlich nur in Sachsen-Anhalt bzw. „Mitteldeutschland“. (mab)

#### » STUDEIPPEN I

Wie jeder zweite Teil eines Films ist er schlechter als der erste. Wenn das Ganze dann auch noch eine Neuauflage eines alten Klassikers mit B-Schauspielern ist, bleibt einem nur noch die Flucht. War der Klassiker schon nur mit Popcorn und einem Bier zu ertragen, so ist dieser lediglich im Vollrausch oder durch Abwesenheit zu überstehen. Das wissen auch die Protagonisten des hiesigen Bildungsstreiks. Denn im Unterschied zur Filmindustrie, die bei schlechten Besucherzahlen von weiteren Fortsetzungen absieht, wiederholen sich die Bildungsproteste alle zwei bis drei Jahre, als würden sie in einer Art Endlosschleife laufen. Um diese ständige Wiederholung

irgendwie ertragen zu können, trinken sie sich ihren Protest schön. Das Biertrinken und Feiern wäre ja noch das netteste, wenn es nicht in so einer beklemmenden Atmosphäre von übermüdeten Studenten stattfinden würde. Die alles dafür tun, ihr schlechtes Remake sich und anderen schön zu reden. Einwände gegen ihren Sprachgebrauch werden konsequent vom Tisch gewischt. Denn sie meinen es mit Bildungsstreik ernst, sie verweigern sich jeglicher Bildung. Diese würde bedeuten, sich erst einmal einen Begriff von sich in der Gesellschaft und von der Gesellschaft selbst zu machen. In dieser dient auch das Studium nur notwendig der Ausbildung der Ware Arbeitskraft und nicht irgendwelchen subjektiven Interessen. Diese Verhältnisse gelte es zu kritisieren, wenn man über Bildung sprechen wolle. Stattdessen wollen Sie lediglich den nächsten Runden Tisch aus Studenten, Uni-Mitarbeitern und Politikern. Damit sie alle zusammen nach mehr Geld rufen und sich die Hände schütteln können. Die einen schauen sich schon mal ihre zukünftigen Arbeitgeber an, die anderen gaukeln sich vor, bei etwas Historischem dabei zu sein, um ihren Enkeln später etwas Aufregendes erzählen zu können. Das Ganze Getöse der Bildungsprotestler lässt sich auf zwei einfache Forderungen herunterbrechen: mehr Geld und leere Hörsäle. Dies soll dann gleich noch das Patentrezept für eigenständiges Denken und Selbstbestimmung sein. Letzteres versuchten sie schon mal durch fröhliches kochen, trinken und mit Nazis quatschen im Hörsaal umzusetzen. Denn ganz nach 90er-Jahre-Sozialarbeitermanier hatte ein Teil der Bildungsprotestler nichts besseres zu tun, als bekannte Neonazis zum Gespräch zu bitten. Da dies dann noch nicht bei allen Beteiligten Begeisterung auslöste, wurde dieses Ereignis ein paar Tage später im Basis-Plenum besprochen. Bei dieser Diskussion wollte man dann gleich auch noch den protesteigenen Sexisten abhandeln, dieser hatte Studentinnen als „Schlampen“ bezeichnet, welche mal „richtig durchgefickt“ werden müssten. Was selbst bei jeder Bundespartei zu völligem Entsetzen führen würde, rief bei den Protestlern kein einhelliges Entsetzen, sondern die Bereitschaft zur Diskussion hervor. Eigentlich wollte ein Teil die ganze Diskussion nach Mitternacht beenden, da sie für vernünftig Denkende nicht zumutbar ist. Aber die klugen Kommentare der Hobbysoziologen des Bildungsprotests sollten in die Primetime. Ein Jeder, so argumentieren sie, wisse doch, dass man beim Nazi unterscheiden muss, ob er in der Rolle eines Menschen oder eines Nazis handle. Mit dem einen könnte man dann Bier trinken, mit dem anderen eher nicht. Warum auch kompliziert machen, wenn es so einfach geht. Auf was ganz Anderes, genauso Einfaches, aber um einiges Klügeres kommen sie stattdessen nicht: Einfach mal auszuschlafen und einen guten Film zu schauen.

(sw)

» **DAS EKLIKSTE VARIÉTÉ DEUTSCHLANDS**  
Das hallische „Steintor Variété“, laut Straßendurchsage das „älteste Variété Deutschlands“, führt seit Urzeiten eine Weihnachtsrevue für Kinder auf. Mal sind die Hasen Hoppel und Poppel einem Geheimnis auf der Spur, mal stiehlt der Fuchs den Sack des Weihnachtsmannes, und mal sind die Weihnachtsgeschenke nicht rechtzeitig fertig. Das Schema ist seit gefühlten vierzig Jahren das gleiche: viele bunte Kostüme, viel Rumgehapse und viel Moral. In diesem Jahr ging es – Kopenhagen ist überall – um Umweltschutz: Die Trolle stehlen die Weihnachtskristallkugel des Weihnachtsmannes, um sich an den Menschen für die Zerstörung ihres Lebensraumes zu rächen; die Kinder im Publikum und auf der Bühne verpflichten sich daraufhin mit viel Pathos („Wir Kin-

der sind die Hoffnung dieser We-he-helt!“), in Zukunft mehr auf die Umwelt zu achten: Mülltrennung, Biogemüse, Wasserhahn richtig zudrehen. Nichts Besonderes also – der gleiche Gemeinwohlkitsch wie immer. Mit einer Ausnahme: Regisseur und Drehbuchautor wollten die Weihnachtrevue offensichtlich als Beitrag begriffen wissen, um der Landeshauptstadt Magdeburg ihren kürzlich gewonnenen Titel als schwulenfeindlichste Stadt Deutschlands (siehe diese Ausgabe der „Bonjour Tristesse“) abspenstig zu machen – immerhin wird in Halle stets eifersüchtig auf jedes Ranking geschaut, in dem die Landeshauptstadt einmal besser abschneidet als der eigene Kral. Und so ließen sie den Fuchs, den Sympathieträger der Veranstaltung, der freilich immer wieder auf den rechten Weg gebracht werden muss, lautstark darüber witzeln, dass die derzeitige Bundesregierung mit einer hohen Frauenquote aufwarte: „Angela Merkel, Guido Westerwelle usw.“ Was für ein Kracher! Die bis dahin lethargischen Mamis und Papis prusteten los, Omi und Opi sprangen dem Tod (Herzstillstand wegen Langeweile!) noch einmal von der Schippe und klopfen sich auf morschen Schenkel – und der Nachwuchs erfuhr, was er aufgrund zahlloser Andeutungen seiner Sippschaft ohnehin schon ahnte: Schwule sind keine richtigen Männer. Bleibt zu hoffen, dass die Landesregierung ihr Versprechen endlich wahr macht und die Mittel für den Kulturbetrieb des Landes kürzt: Lieber kein Theater als ein zur Revue aufgeblasener Selbstfindungskreis von Schwulenhassern.

(aha)

» **WEIL NICHT SEIN KANN,  
WAS NICHT SEIN DARF**

Als im Sommer 2009 Freiraumaktivisten eine verfallene Villa in Magdeburg besetzten, unterschied sich deren Motivation kaum von der anderer (ehemaliger) Haubesetzer, wie den Bewohnern der „Ludwigstraße 37“ oder der „Reilstraße 78“ in Halle. (vgl. hierzu Bonjour Tristesse 7/2009) Das kollektive Gerede von „selbstbestimmtem Leben“, „Freiräumen“ und „Gemeinwohlorientierung“ fand auch hier seinen unmittelbaren Niederschlag im Selbstverständnis und in den Zielen der Aktivisten. Was folgte, war das übliche Spektakel: eine wohlbekannte Mischung aus Solidaritätserklärungen, Freiraumdemos und Bauwochenenden, um es in dem abrisssreifen Haus doch irgendwie aushalten zu können. Doch während man sich im „Libertären Zentrum Magdeburg“, wie man die Villa taufte, noch über alles echauffierte, was das Feindbild so hergab (anonyme Nachbarschaftsverhältnisse, wirtschaftliche Verwertungslogik und prekäre Lebenslagen), passierte etwas, womit die Aktivisten wohl selbst am wenigsten gerechnet hatten: Sie wurden als Gesprächspartner ernst genommen. Ein breites Bündnis aus politischen Jugendorganisationen und Stadträten von „Linkspartei“ und „Grünen“ solidarisierte sich mit den Hausbesetzern, um eine Verhandlungsoption zu ermöglichen. Selbst die Stadtverwaltung schloss sich dem Bündnis an und forderte die Polizei auf, von einer sofortigen Räumung Abstand zu nehmen. Einzig ein paar Bedingungen wurden an diese Unterstützung geknüpft: ein vollständiger Gewaltverzicht seitens der Besetzer, die Aufgabe des Objekts, da dies im Besitz der „Mitteldeutschen Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft“ (MDSE) ist und die Stadt hier kein Mitspracherecht hat, und letztlich eine juristische Person als administrativen Ansprechpartner, damit man es nicht mit ständig wechselnden Gesprächspartnern zu tun hat. All dies wurde zunächst lang und breit von den Mitgliedern des „Libertären Zentrums“, zu denen im Übrigen auch die antiimperialistischen Schläger der Gruppe „Zusammen Kämpfen“ (vgl. Bonjour Tris-

tesse 3/2007) gehören, diskutiert. Als nach rund sechswöchiger Besetzung die Räumung anstand, parierten die Aktivisten schließlich zähneknirschend. Die Stadt machte sich im Gegenzug auf die Suche nach geeigneten Objekten für ein neues „Libertäres Zentrum“. Mehrere Objekte wurden in die engere Wahl genommen und den Mitgliedern des Freiraumkollektivs konkret vorgeschlagen. Zahlreiche Vorschläge wurden von den Hausbesetzern in spe (teilweise ohne jede Besichtigung) abgelehnt. Letztlich wurde mit der Comenius-Schule eines der Wunschobjekte der freiwilligen Zivilisationsaussteiger in den Verhandlungstopf geworfen. Die Stadt hatte sich bereit erklärt, das riesige Gelände den Gründern des „Libertären Zentrums“ komplett zur Nutzung zu überlassen. Dieses umfasst neben einem sehr großen Garten, auf dem die als Bauwagen getarnten Wohnklos hätten stehen können, auch mehrere Gebäude, darunter eine alte Sporthalle. Das Gelände ist von einer hohen Mauer umgeben und idyllisch gelegen, also ein Wunschtraum eines jeden Freiraumaktivisten, möchte man meinen. Die Stadt ließ sogar durchblicken, dass sie, wenn es zu einer vertraglichen Einigung käme, die nötigsten Arbeiten für einen sofortigen Bezug übernehmen würde. Dies hätte die wetterfeste Sicherung des Daches und eine wie auch immer geartete Lösung der sanitären Situation umfasst – eines der wohl basaltären Probleme der meisten linken Hausprojekte. Doch die Aussicht auf fließend Wasser, weiße Kloschüsseln und Strom – und all dies aus des Feindes Hand – war wohl mit dem eigenen Bild vom fieschen Schweinesystem unvereinbar. Nach der Besichtigung des Objekts Mitte August war plötzlich Funkstille. Nur durch Zufall erfuhr die Stadtverwaltung als verprellter Verhandlungspartner schließlich, dass die Hobbybastler sich in einem abgewohnten Objekt in einem ehemaligen Industrieviertel im Süden der Stadt eingemietet haben. Hier werden die neuen Bewohner nicht ständig an ihren Realitätsverlust erinnert, denn, glaubt man den Aussagen eines Aktivisten, gehört dieses Gebäude einem General aus dem Kongo – bekanntermaßen Hort von Frieden, Freiraum und Frauenemanzipation – und eben nicht den fieschen Bonzen der Stadtverwaltung Magdeburg. (sb)

» **TOP OF THE MOBS**

Das Leben in der ostdeutschen Eintönigkeit ist im Allgemeinen schon eklig genug, und die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts stellt dabei nicht die Ausnahme von der Regel dar. Im Gegenteil, nicht genug, dass antisemitische Mobs selbst die letzten Möglichkeiten für unangenehme Abende rauben, wurden Magdeburg nun auch zwei Titel verliehen, welche den Charakter der Stadt unterstreichen. Die methodologisch fragwürdige Langzeitstudie der „Men's Health“ stellt die Landeshauptstadt – beziehungsweise zusammen mit Halle – auf die hintersten Plätze der männerfeindlichsten Städte Deutschlands. Die Beurteilung beruhte auf so klischeelastigen Kriterien wie kultureller Vielfalt, Autofahrer-Freundlichkeit und nicht zuletzt der Anzahl der Einwohnerinnen. Doch im braunen Sumpf regte sich Widerstand. Die Männlichkeit sollte nicht allein durch konsequentes Stehpinkeln zurückerobert werden, sondern durch die männerdominierte Piratenpartei. Ihrem eigenen postideologischen Anspruch folgend, waren sie bei diesem Thema ganz „vorn“. Das Motto „Weder Links noch Rechts, sondern Vorn“ reiht diese Partei nahtlos in die Geschichte der Aufbruchsparteien ein, da die gleiche Logik auch schon von den Grünen und der NSDAP benutzt wurde. Nach der Bundestagswahl ging die Nachricht: „Deutschland wird von zwei Frauen regiert“ (gemeint sind Frau Merkel und Herr Westerwelle) über den offiziellen Twitteraccount des Landesverbands. Diese

homophobe Widerwärtigkeit wurde auch im Forum der Partei verteidigt, und es wurde für lustig befunden, „dass die Bezeichnung als Frau eine Beleidigung darstellen soll“. Den Kritikern wurde absurderweise Humorlosigkeit unterstellt, denn: „Da tritt euer Sexismus doch deutlich zu Tage. So als wären Frauen irgendwie minderwertig“. Dies unterstreicht nicht nur eindrucksvoll den Charakter der Stammtischpartei, sondern auch den Wahrheitsgehalt des zweiten Titels. So wurde Magdeburg auch zur schwulenfeindlichsten Stadt Deutschlands gekürt. Herzlichen Glückwunsch! Das hat logischerweise alles nichts mit Halle zu tun. Nur könnte jetzt jemand dazu raten hierher abzuwandern, jedoch steht dieser Idee die Kenntnis entgegen, welche schon in der dritten Ausgabe der Bonjour Tristesse zu lesen war: „Woanders isst es nur anders – und eben nicht besser“. (nen)

#### » HOLY WAR OF VEGAN HOUSEWIVES

Die Tendenz sogenannter linker „Freiräume“, jeden persönlichen Spleen noch als „politisches Selbstverständnis“ zu vergolden und bisweilen sogar schriftlich begründen, dürfte unseren Lesern bekannt sein. Auch über die hallische Zentrale der Freiraumcommunity, die „Reilstraße 78“, ist dabei eigentlich schon alles gesagt worden (vgl. Bonjour Tristesse Nr. 7). Doch was im Dezember passierte, verdient dann doch unsere Aufmerksamkeit. Und das nicht etwa, weil es etwas Besonderes wäre, sondern weil es tiefe Einblicke in das stumpfe Handeln der Freiraumfamilie ermöglicht. Was Bands und Veranstalter im Einzelnen erleben, die es trotz des wenig ansprechenden Ambientes erwägen, in den Räumen des Hauses eine Veranstaltung durchzuführen, lässt sich von dem, der sich nicht regelmäßig auf den todsterbenslangweiligen „Hausplena“ herumtreibt, nur schwer errahnen. Umso spannender ist es, am Beispiel eines im Dezember 2009 stattgefundenen Konzertes zu sehen, mit welcher Strenge gegen vermeintliche oder tatsächliche Abweichler zu Felde gezogen wird. Kurz zuvor wurde einer Band („Versus the Sky“) wegen tatsächlicher oder befürchteter sexistischer Aussagen der Auftritt verwehrt. Das heißt, die Band reiste an und erfuhr vor Ort, nicht spielen zu dürfen. Ob es sich bei der Entscheidung um die übliche Willkürherrschaft oder um das Ergebnis besonders langwieriger Verhandlungen des „Hausplenums“ handelte, ist derweil nicht überliefert. Wenige Wochen später musste sich eine andere Band bereits im Vorhinein eines Konzertes aufgrund des offenbar schwerwiegenden Vergehens, aus derselben Stadt (Dessau) wie „Versus the Sky“ zu kommen, per E-Mail einige Fragen gefallen lassen. Dabei wird ungeniert die Sippenhaft wieder eingeführt: „Da ihr demnächst bei uns spielt, sind auf unserem Plenum einige Fragen aufgekommen. Konkret geht es dabei darum, dass ‚Versus the Sky‘ vor einiger Zeit hier nicht spielen durften.“ Diese hätten „nicht einmal im Ansatz verstanden, worum es uns ging und waren nur sauer auf’s ‚Hippiehaus‘.“ Was nicht verstanden wurde, wird leider nicht erklärt. Aber zum Glück geht es ja weiter: „Um nicht noch mal vor der beschissenen Situation zu stehen, am Abend des Auftritts über solche Sachen diskutieren zu müssen, wollten wir von euch kurz wissen, wie ihr das ‚Auftrittsverbot‘ der Band bewertet, d.h. wo genau bei euch Sexismus anfängt.“ Wo der Sexismus „genau“ anfängt, würden wir von der „Reilstraße 78“ auch gern „kurz“ erläutern wissen. Gerade jene, deren Begriffslosigkeit so offenkundig ist, dass es schon wehtut, erdreisten sich mit solchen anmaßenden Forderungen. Gerade dort, wo Sexisten mit oder ohne Migrationshintergrund jahrelang ein und ausgingen, sollen nun Bands durch den linksalternativen Nacktscanner. Dort, wo je-

der Fragebogen, der an einbürgerungswillige Migranten ausgegeben wird, als schlimmer „Rassismus“ gegeißelt wird, wo jede noch so lächerliche Maßnahme der Behörden, als Ausdruck des „Schweinesystems“ gilt, sollen Mitglieder von Provinzbands durch den alternativen Gesinnungstest. Doch das Geklubber geht noch weiter: „Wir verstehen uns als Haus mit antisexistischen Anspruch und möchten, dass hier Bands spielen, die diese emanzipatorischen Ansichten teilen, damit mensch sich hier wohl fühlen kann (Freiraum!), ohne in Schubladen zu funktionieren.“ Was auch immer damit gemeint ist, so stand es geschrieben. Das Ganze endet mit der ernst gemeinten Aufforderung, „ein paar Texte“ an das Zentralkomitee zur endgültigen Begutachtung zu senden. Sogar der Konzertveranstalter hat sich dem Tugendterror der Reilschen Extremisten schon angepasst. In seinen Mails an Bands, die über seine Agentur in der „Reilstraße 78“ spielen sollen, weist er, damit „euch als Band und uns als Veranstalter Stress und ewige Diskussionen mit den Besitzern erspart bleibt“, vorsichtig darauf hin, „kein Fast-Food-Stuff (McDonald’s, Burger King usw.) mitzubringen, auch wenn es nur ein Pappbecher ist, der schon ausgeschlürft wurde.“ Denn: „Wir hatten da selbst schon ein bisschen Terz. Das muss nicht sein, wenn ihr vorher irgendwo haltet, lasst den Stoff im Auto, aber bringt möglichst nichts ins Haus oder aufs Gelände.“ Der Grund wurde ihm offenbar deutlich eingetrichtert: „Es geht da auch um die kapitalistische Einstellung solcher Läden.“ Weiterhin „kämpfe“ die „Reilstraße 78“ für „Tierrechte“. Deshalb gebe es „rein vegetarisches Essen“. Nach dieser freundlichen Belehrung und dem bestandenen Gesinnungstest durfte die Band dann auch spielen. Doch am Abend des Konzertes verspätete sich das „rein vegetarische“ Catering (sprich: der „antikapitalistische“ Volksküchenschmaus aus gut abgehangenem Gemüse und getrockneten Hülsenfrüchten) erheblich. Um den aufziehenden Hunger zu bekämpfen, aß ein Mitglied der Band in einer Ecke eine im Volksmund als „Bifi“ bekannte Miniwurst. Als ein Reilscher Extremist dies erblickte, wurde umgehend der Veranstalter vor das spontan einberufene Volksgericht zitiert und eine Fatwa erlassen: Die „Reilstraße 78“ sei ein „veganes Haus“, deshalb sei der Konsum einer „Bifi“, auch heimlich in einer Ecke, untersagt. Innerhalb kürzester Zeit herrschte Aufruhr. Nur dem besänftigenden Veranstalter ist es zu verdanken, dass sich die schäumenden Reilisten beruhigten. Die beschriebenen Zustände und die erwähnten Hinweise des Konzertveranstalters über die Sitten und Gebräuche im „Freiraum“ erinnern dabei nicht zufällig an Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes. In diesem Fall ist es die Reisewarnung für das Land der Beklopten und Bescheuert. (meh)

#### » HEIL FIEDLER!

Adolf Thor Fiedler. Die Eltern des Kleinen möchte man für jede Silbe schlagen. Er erfuhr durch die Sangerhäuser Regionalausgabe der „Mitteldeutschen Zeitung“ – die immerhin ambitioniert ist, jede Neugeburt in ihrem Einzugsgebiet sogleich mit Gewichtsangabe und Foto zu erfassen – ein Gefühl des traurigen Ruhmes, der mit solch einer subtilen Namensanspielung verbunden ist. Schließlich liegt die Vermutung nahe, dass die kurze Freude der Eltern bei ihrer kreativen Namensgebung das Leben Adolfs gründlich versaut hat. Spätestens im Kindergarten dürften die voyeuristische Faszination und das Schamgefühl der übrigen Deutschen für ihren großen Führer den kleinen Namensvetter in der ambivalenten Gefühlslage zurücklassen: heimlich bewundert und doch öffentlich verleugnet zu werden. Die hohe Erwartung seiner Eltern und künftigen Bekann-

ten an Adolf Fiedler, seinem Namenspaten auch noch in der Fresse, der Frisur und der Stimme zu ähneln, wird sein ganzes Leben bestimmen. Hier immerhin potenziert die mimetische Fähigkeit, den Führer bis in kleinste authentisch nachahmen zu können, die ihm spätestens in der Hauptschule von seinen Klassenkameraden antrainiert werden wird, seine beruflichen Chancen erheblich. Als Führerimitator wäre er quasi von der Wiege an dazu befähigt, jene namenlosen Hitlerplagiate des Kabarets und der Comedy mit Leichtigkeit im medialen Nichts zu versenken, die bisher doch immer die Begeisterung der Deutschen für ihren Führer in grenzdebilen Parodien zu verwerten wussten. Auch hier bleibt uns nichts Anderes übrig, als dem Kind zu wünschen, den Barbaren vom Südhaz schnellstmöglich zu entkommen und ihm, wie auch schon Tindomerel in der Bonjour Tristesse (2/2009), die Daumen zu drücken, dass das Jugendum sich einer Namensänderung nicht entgegenstellt. (haj)

#### » STUDIDEPPEN II

Was alles unter die philanthropie Ausrede der Toleranz fallen kann, zeigte sich eines Nachts Ende November im besetzten Audimax, dem sogenannten Freiraum der hallischen Bildungsproteste. Fünf Halbstarke, die recht schnell als Burschenschaftler und JN-Möchtegern-Hitlerjungen enttarnt wurden – unter ihnen war auch der Hobby-Anti-Antifa Torsten Görke – ließen es sich nicht nehmen, den Protestlern einen Besuch abzustatten. Zwei der Ankömmlinge spazierten auch gleich in das Gebäude hinein, unterhielten sich mit einigen Besetzern und verließen unbehelligt das Audimax. Eine nicht unberückte Sozialdemokratin, die durch öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen und ihren Hyperaktivismus bereits in den Fokus der Rechten geriet, trieb die Situation auf die Spitze, als sie einen Burschenschaftler und JN-Anwärter zu einer gemühtlichen Plauderei beim Bier zurückholte. Dass sich durch den aufkommenden Protest zufällig vorbeigekommener Antifaschisten ihre anfängliche Debattierlaune in eine hysterische Verteidigung des „lieben“ völkisch-nationalen Kameraden wandelte, lässt den schmalen Grad zwischen der in linken Kreisen nicht aussrottbaren akzeptierenden Sozialarbeit und aktiver Querfrontpolitik deutlich werden. Die Rechtfertigungen, Gespräche auch mit Nazis zu suchen, scheinen, wie sich in der anschließenden Plenumsdebatte herausstellte, unter einigen, auch in der linken Szene Aktiven recht zahlreich zu sein – selbstberufene Sozialkundeführer fühlen sich verantwortlich für die fürsorgliche Umerziehung in feste Strukturen eingebundener und profilierter Parteikader; gerade aus Mamas Nest Geworfene sprechen von den Unterschieden der „Rolle als Mensch“ und der „Rolle als Nazi“ und andere erkannten in ihnen Gleichgesinnte, von denen sie allenfalls kleine Differenzen in der Judenfrage trennten. Ganz in diesem Sinne drückte der ehemalige stellvertretende Pressesprecher des Bildungsstreiks, ein Mitglied der Piratenpartei aus Halle, in einem Sputnik-Interview vom 22. November öffentlich sein Mitleid mit Nazis aus und ermutigte auch gleich zum gemühtlichen Umtrunk. Bereits am Abend zuvor sprach er von gemeinsamen politischen Debatten. Es wäre natürlich einfach, weitere peinliche Details bezüglich dieser Ereignisse an dieser Stelle auszubreiten. Jedoch wollen auch wir zwischen der „Rolle als Mensch“ und der „Rolle als Bildungsstreikler“ unterscheiden und die Empfehlung geben, sich zukünftig auf die erstere zu beschränken. (dvh)